Nr. 108 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Montag, den 11. Mai 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Verlag, Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 40 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile h. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Hindenburg zieht ein.

Morgen wird der Kaisertreue auf Schwarz-Rot-Gold schwören.

Tragikomödie.

+ Halle-(Saale), 11. Mai.

Wir haben Hindenburg schon des öfteren unser aufrichtiges Beileid zu der Rolle ausgedrückt, die er halb gezwungen, halb umgewungen neuerdings als kaisertreuer Republikaner zu spielen hat. Es wäre grausam, dem bald 80jährigen Greise einen solchen Abgang vom Leben zu wünschen, wie er sich bei Hindenburg heute und in den nächsten Jahren vollzieht. Ein niederträchtiges Betrugsspiel ist am deutschen Volke verübt worden, und zu einer Komödie wird derjenige herabgewürdigt, der in seinen Erinnerungen schreibt, daß er sich zeitlebens nur als Altpreuße gefühlt hat, und der morgen den Eid unter den Farben des Großdeutschdemokratischen Einheitsstaates zu leisten hat. Hoffentlich verbindet Herr Hindenburg diesen Eid gleichzeitig mit der Erklärung, daß er sich nicht mehr dem Eide verpflichtet fühlt, den er seinem Kaiser geleistet und bis in die letzte Zeit hinein durch wiederholte Erklärungen erneuert hat. Andernfalls dürfte es wenige Leute in Deutschland geben, die diese doppelten Eidesfähigkeiten des neuen Mannes verstehen.

So betrachtet ist es eine Tragikomödie, was sich morgen vollzieht. Eine Tragikomödie, als solche wahrscheinlich nicht nur von dem monarchistischen Eidablager, sondern auch von dem sozialdemokratisch-republikanischen Eidabnehmer empfunden. Diese Tragikomödie hat jedoch ein absolut tragisches Vorspiel dadurch, daß die Organisationen, die die politischen Morde in den letzten Jahren organisiert, finanziert, gedeckt und gestützt haben, dem neuen Reichspräsidenten heute Ehrenspalier bilden. Wenn man nicht von der persönlichen Integrität und Altersschwäche des neuen Mannes überzeugt wäre, könnte man nach diesem Auftakt fast glauben, daß in Deutschland sich eine Horthperiode anbahnt.

Und noch zu einer anderen Betrachtung veranlaßt diese Tragödie. Wie aus einer weiter unten gegebenen Meldung hervorgeht, hat der Vizepräsident Friedensburg vom Berliner Polizeipräsidium die Beteiligung von Musikkapellen, die bekanntlich den Fridericus-Rex-Marsch trompeten wollten, auf Veranlassung des deutschnationalen Reichsinnenministers Schiele verboten. So verständlich dieser deutschnationale Regierungswink, innen- und außenpolitisch betrachtet, erscheint, so geeignet ist er, ein Gefühl des Ekels in jedem politisch denkenden Menschen wachzurufen, der die Haltung der inoffiziellen schwarzweißroten Gesellschaft mit der Haltung der offiziellen schwarzweißroten Reichspolitik vergleicht.

Der Killinger-Mob steht Spalier.

Heute, Montag, werden die „Vaterländischen" Organisationen Berlins Hindenburg unter schwarzweißroten Fahnen, mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffnet, auf der von Wilhelm II. angelegten Heerstraße empfangen. Vierundzwanzig Stunden später aber wird der schwarzweißrote Hindenburg bereits den Eid auf die Verfassung und die schwarzrotgoldene „Judenfahne" geleistet haben. Das dürfte ihm in mannigfacher Hinsicht nicht leicht fallen.

Mit Rücksicht auf das schlechte Augenlicht des neuen Reichspräsidenten ist z. B. für den Akt der Eidesleistung ein besonderes Exemplar der Verfassung angefertigt worden. Der Umschlag ist schwarz und trägt in der Mitte den goldenen, rothewehrten Reichsadler, während die Innenseite mit roter Seide ausgeschlagen ist, so daß schon rein äußerlich das für Hindenburg bestimmte Verfassungsexemplar die Farben der Republik trägt. In ihm ist die Eidesformel in so großen Lettern gedruckt, daß sie allein zwei Seiten der Druckschrift umfaßt. Das war notwendig, weil der alte Herr auf den Augen sehr schwach ist und auf kürzere Entfernungen kaum noch sehen kann. Vielleicht war das überhaupt der Hauptgrund, warum die Deutschnationalen den populären Hindenburg als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft ausersahen. Er ist kurzsichtig, und sie wollen weitsichtige Politik im Sinne des Kapitals machen. Der Empfang am kommenden Montag soll hierzu den Auftakt bilden. Viel Vergnügen. . . .

Die Angehörigen der rechtsradikalen Verbände, die sich am Montagabend beim Einzug Hindenburgs in Berlin mindestens 1½ Stunden die Beine in den Leib stehen müssen, werden kaum auf ihre Kosten kommen. Es wird ihnen nicht einmal recht Zeit zu einem Hoch- oder Heilruf bleiben. Denn nunmehr wird auch bekanntgegeben, daß das Auto mit dem Generalfeldmarschall den Weg vom Bahnhof Heerstraße nach dem Reichskanzlerpalais „in scharfem Tempo" zurücklegen wird. Außerdem wird der Wagen von 20 Beamten der Schutzpolizei auf Motorrädern begleitet. „Diese Begleitung wird den Kraftwagen dicht flankieren und vorn und hinten den Zug keilförmig abschließen" — heißt es in der Ankündigung. Danach wird es den Monarchistenherzen kaum vergönnt sein, den neuen Reichspräsidenten überhaupt zu sehen. Aber daran sind sie noch gewöhnt aus der Zeit vor dem Kriege, wo sich ihr Halbgott Wilhelm II. auch nur in „scharfem Tempo" anhören ließ, um ja jede nähere Fühlungnahme mit dem Volk zu vermeiden.

KPD.-Komödie und Fridericus-Rex-Marsch verboten.

Berlin, 10. Mai. (Radiomeldung.)

Der Berliner Polizeipräsident hat die geplanten kommunistischen Demonstrationen gegen den Einzug Hindenburgs, soweit sie in der Nähe der Einholungsstraßen geplant waren, verboten. Furcht vor Zusammenstößen, die zweifellos angebracht war, führte zu diesem Verbot. Die Kommunisten haben das inzwischen selbst eingesehen, denn in der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne" wird mitgeteilt, daß die im Tiergarten geplante Demonstration zum Bülow- bzw. Winterfeldplatz verlegt wird.

Gleichzeitig hat der Vizepräsident des Berliner Polizeipräsidiums das Beteiligen von Musikkapellen bei dem Einzug Hindenburgs verboten. Dieses Verbot ist hauptsächlich auf die Absicht zurückzuführen, den Reichspräsidenten von Hindenburg mit dem Fridericus-Rex-Marsch zu begrüßen. Es verlautet, daß der eigentliche Urheber des Verbotes der deutschnationale Reichsminister des Innern, gleichfalls aber auch die durchaus deutschnational beeinflußte Reichsregierung ist. Sie befürchtet von dem Aufmarsch der vaterländischen Organisationen, überhaupt den einseitigen Begrüßungsfeierlichkeiten, außenpolitische Komplikationen und soll aus diesem Grunde im Berliner Polizeipräsidium um ein Verbot der Beteiligung von Musikkapellen an dem Einzug nachgesucht haben. (!)

*

Es wäre immerhin ein politisch reizvoller Akt gewesen, die kommunistischen Hindenburg-Knechte gegen Hindenburg demonstrieren zu sehen.

Der Hannoversche Reichsbanner-Aufmarsch.

Hannover, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Am Sonntag fand hier ein Gautag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung statt. Er war verbunden mit einer Fahnenweihe. Der Verlauf der Veranstaltung war äußerst eindrucksvoll und ohne jede Zwischenfälle.

Zwei Reinfälle.

Frankfurt a. M., 11. Mai. (Radiomeldung.)

Am Sonntag fand hier ein Stahlhelmtag statt, zu dem die Urheber ein Massenaufgebot angekündigt hatten. Dieses Aufgebot blieb aber aus, denn statt hunderttausend dürften gerade fünftausend anwesend gewesen sein. Die Teilnahme der Bevölkerung war durchaus gering, die Straßen waren kaum beflaggt. Selbstverständlich veranstalteten auch hier die Kommunisten wieder eine Gegendemonstration, die genau so wirkungslos blieb wie das Stahlhelmtheater.

„Nur keine Angst, wir werden das Ding schon drehen!"

Offizierspensionen.*)

Von R. Kuczynski.

„Der Deutsche Offiziersbund teilt mit, daß auf Grund des von ihm erfolgreich durchgeführten Rechtsstreits, wonach Offizieren der alten Wehrmacht, die mit einer höheren Dienststelle beliehen waren, nicht die Pension des Dienstgrades, sondern die der betreffenden höheren Dienststelle zusteht, die Reichsregierung eine Neufestsetzung aller in Frage kommenden Pensions- und Hinterbliebenenbezüge angeordnet hat."

Also das kann gut werden. Jeder pensionierte Oberstleutnant, der im Kriege ein Regiment geführt hat, soll statt der Oberstleutnantspension die Oberstenpension beziehen, jeder pensionierte Hauptmann, der ein Bataillon geführt hat, die Majorspension, jeder pensionierte Leutnant, der eine Kompagnie geführt hat, die Hauptmannspension, jeder pensionierte Unteroffizier, der einen Zug geführt hat . . . aber nein, nicht doch, die pensionierten Unteroffiziere können auch heute schon standesgemäß leben — die neue Bestimmung soll nur für die Herren Offiziere gelten.

Nach dem Haushaltungsvoranschlag für 1925, der aber die Besoldungserhöhung vom 25. November 1924 noch nicht berücksichtigt, erhalten 80 116 „Ruhegehalt beziehende Offiziere, Beamte und wie solche zu versorgende Kapitulanten" des alten Heeres einschließlich Marine 186 986 780 Mk. „Ruhegehälter, Wartegelder und örtliche Sonderzuschläge". Außerdem erhalten 16 486 Witwen (und 5286 Waisen) 37 362 080 Mk. Unter Berücksichtigung der jüngsten Besoldungserhöhung stellt sich der Gesamtbetrag jetzt schon auf rund 260 Millionen Mark (gegenüber 163 Millionen nach dem Haushaltsplan für 1924!). Nach Abzug des auf 33 200 Kapitulanten, 400 Witwen (und 700 Waisen) von Kapitulanten entfallenden Betrags dürften auf die 47 000 Offiziere mindestens 170 Millionen, auf die 16 000 Offizierswitwen (und die 4500 Offizierswaisen) mindestens 40 Millionen Mk. kommen, auf Grund der geplanten Neuordnung werden sie insgesamt rund 300 Millionen Mk. erhalten, die 47 000 Offiziere allein annähernd 250 Millionen Mk. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß nach dem Haushaltsplan für 1925 die 766 400 Kriegsbeschädigten und Altrentner 217 145 000 Mk. beziehen. Im Durchschnitt bezieht also der pensionierte Offizier gegenwärtig mindestens 3600 Mk., fünftig mindestens 5000 Mk., der Kriegsbeschädigte — 300 Mk.!

Nun wird man vielleicht einwenden, die finanzielle Belastung durch die Erhöhung der Bezüge der ehemaligen Offiziere sei nicht so schlimm, weil doch ihre Zahl von Jahr zu Jahr bedeutend abnehmen müsse. Nun ja, sie muß wohl, aber — sie tut es nicht. Nach dem Haushaltsplan für 1924 hatten wir 80 052 „Ruhegehalt beziehende Offiziere, Beamte und wie solche zu versorgende Kapitulanten", im Jahre 1925 dagegen 80 116. Auf den ersten Blick erscheint dieses Plus von 64 vielleicht nicht verwunderlich. Im August 1914 fanden viele Kriegstrauungen von Prinzen statt. Die erstgeborenen Söhne dieser Ehen vollenden im Jahre 1926 ihr zehntes Lebensjahr, werden damit Leutnants — und müssen in loyaler Erfüllung der Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrags alsbald pensioniert werden. Bei längerem, angestrengtem Nachdenken kommt man aber, wie der Leser leicht experimentell feststellen kann, zu dem Ergebnis, daß diese Erklärung das Rätsel nicht restlos löst. Denn erstens hat die Zahl der Kapitulanten von 34 000 auf 33 200 abgenommen, so daß sich für die Offiziere allein eine Zunahme nicht von 64, sondern von 800 mehr ergiebt; zweitens ist die Zahl der Offizierswitwen von 16 029 auf 16 486 gestiegen, was darauf schließen läßt, daß mindestens 457 verheiratete pensionierte Offiziere durch Tod abgegangen sind; drittens müssen auch nichtverheiratete pensionierte Offiziere gestorben sein. Das Rätsel wird übrigens immer rätselvoller, wenn man sich in Einzelheiten vertieft. Von 1924 bis 1925 steigt die Zahl der Wartegeldempfänger unter den Offizieren des alten Heeres von 1745 auf 3580! Worauf warten sie eigentlich? Sollten sich darunter die ruhmbedeckten Kronprinzen Wilhelm und Rupprecht befinden?"

Soweit Dr. Kuczynski am 27. Januar 1925. Er selbst ahnte wohl nicht, daß seine offenbar ironisch gemeinte Wendung von der Möglichkeit der Pensionierung ehemaliger deutscher Kronprinzensöhne in greifbare Nähe rücken könnte. Aber nach einer Meldung derselben „Weltbühne" Nr. 16 vom 21. April d. J. berichtete „Das Bayerische Vaterland": „Der neunzehnjährige bayerische Erbprinz Albrecht dient auf Weisung seines Vaters, des Kronprinzen, als Soldat beim 1. Bataillon des bayerischen Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 19 in München, um dann im nächsten Jahre die Universität zu beziehen."

Wir richten hierdurch an die deutschen Steuerzahler die nachdrückliche Aufforderung, daß sie sich erstens solche kronprinzlichen Scherze verbitten, und zweitens, daß sie vor allem im Reichstag restlose Aufklärung verlangen über die rätselhaften 33 200 Kapitulanten des „Allgemeinen Pensionsfonds".

Wenn man nämlich die Zahlen der Ruhegehaltsempfänger (Anlage 1 zu Kapitel XII, 1 und 2) entlangfliegt, so sind aus allen 14 Verwaltungen nur Zahlen von 50 bis 4400 Köpfen zu finden. Allein das „alte Heer" springt turmhoch mit 76 536 Köpfen darüber hinweg, ebenso auch mit der Summe von 180 Millionen. Unter diesen sind auch die 33 200 Kapitulanten. Es muß aufgeklärt werden, ob dem deutschen Volke hier nicht ebenso jährlich Hunderte von Millionen aus seinen Taschen genommen werden wie im Falle der 760 Millionen Ruhr„opfer" an die Schwerindustrie.

*) Wir entnehmen diese sehr interessanten Ausführungen der im Verlage der Deutschen Liga für Menschenrechte (Berlin W 66, Wilhelmstraße 48 III) erschienenen Schrift „Deutschlands geheime Rüstungen?".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0001

Halle / Leipzig.

Ein Schlußwort.

+ Halle (Saale), 11. Mai.

Unter der Ueberschrift „Die Schuld der Leipziger Volkszeitung" unternimmt das genannte Blatt eine Entgegnung auf unseren Artikel „Halle—Leipzig" in der Donnerstag-Nummer des „Volksblatt". Anstatt konkret auf die Zahlenresultate einzugehen, macht das Leipziger Parteiorgan allgemeine Redensarten und drückt sich wie bei den beiden vorhergehenden Artikeln um die 12prozentige Zunahme der kommunistischen Stimmen im Leipziger Bezirk herum, d. h., daß sich die „Leipziger Volkszeitung" sehr wohl bewußt ist, durch ihre Haltung diese Zunahme verschuldet zu haben. Viel Kummer bereite es der „Volkszeitung", daß das Hallesche „Volksblatt" sich in Parteidisziplin übt. Die „Leipziger Volkszeitung" scheint vergessen zu haben, daß der seinerzeit erfolgte Zusammenbruch der Sozialdemokratie im Halle-Merseburger Bezirk eine Folge der Zügellosigkeit gewesen ist, an der das heutige „Volksblatt" nicht beteiligt war, das bekanntlich erst nach der Vereinigung von SPD. und USPD. wieder ins Leben gerufen wurde, nachdem das alte „Volksblatt" jener erwähnten Zügellosigkeit zum Opfer gefallen war. Infolge dieser Zügellosigkeit war es den Kommunisten gelungen, jahrelang durch eine Majorität die SPD. im Halle-Merseburger Bezirk zu terrorisieren. Diese Majorität ist am 29. März d. J. von der SPD. gebrochen worden. Auch der 26. April hat trotz der von Leipzig verschuldeten 4,4prozentigen Zunahme der KPD. in den südöstlichsten an Leipzig stoßenden Grenzbezirken an dieser Tatsache nichts geändert. Der „Leipziger Volkszeitung" scheint aber die Konsolidierung der Sozialdemokratie im Halle-Merseburger Bezirk keine reine Freude zu bereiten, weil diese Konsolidierung sich auf dem Boden der wohlverstandenen Parteidemokratie vollzieht. Denn was man in Leipzig unter Parteidemokratie versteht, das streift hart die Grenze des Parteianarchismus. Der kommunistische Sieg in Leipzig am 26. April durchbricht immer wieder in beschämender Weise die Verschleierungsversuche und Ablenkungsmanöver unseres Leipziger Parteiorgans, das nach unserer Auffassung durch die mehrfach erwähnten Veröffentlichungen eines geistig ganz außerhalb der Partei stehenden Levi und ähnlicher Leute zeitweilig nahezu jede moralische Bindung gegenüber der Gesamtpartei verleugnet.

Hiermit schließen wir die Auseinandersetzung mit der „Leipziger Volkszeitung", da die Leser des „Volksblatt" im Gegensatz zu den Lesern der „Leipziger Volkszeitung" nicht an die Austragung innerer Parteigegensätze in ihrem Organ gewöhnt sind und sich auch erfreulicherweise nicht daran gewöhnen wollen.

Deutscher Reichstag.

Großindustrie und Handwerk. / Der Rückgang im Kohlenverbrauch und seine Folgen.

Berlin, 10. Mai. (Soz. Pressedienst.)

Am Sonnabend setzte der Reichstag die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Das Haus zeigte die übliche sehr schwache Sonnabendsbesetzung. Es wurde manche gute Rede gehalten und mancher sehr beachtenswerte Gedanke vorgetragen. Der Zentrumsabgeordnete Esser predigte die große Industrie an, das Handwerk doch mehr als bisher zu schonen. Als ob jemals durch moralische Aufforderungen die kapitalistische Entwicklung sich habe hemmen lassen. Wir haben nie bemerkt, daß ein großer Konzernbesitzer aus religiösen oder nationalen Gründen Rücksichten auf Schwächere genommen hätte. Im Konkurrenzkampf der kapitalistischen Wirtschaft haben noch immer die stärkeren und technisch höher entwickelten Betriebe die kleineren Werkstätten niederkonkurriert. Herr Esser forderte übrigens auch erhöhte Mehlzölle, also eine Verteuerung des Brotes, was sicher keine Maßnahme zugunsten der allgemeinen Schichten des Mittelstandes bedeutet.

Genosse Robert Schmidt bemängelt die Schwäche der Reichsregierung gegenüber den Kartellen. Er sagte, daß die Reichsregierung noch nicht einmal von den Bestimmungen der bisherigen Kartellverordnung genügend Gebrauch mache. Diese Verordnung aber müsse noch wesentlich stärkere Machtvollkommenheit in die Hand der Regierung bringen. Schmidt zeigte ferner an dem Beispiel der Handweber, daß auf zahlreichen Gebieten der Wirtschaft der Kleinbetrieb sich gegen die technische Ueberlegenheit des Großbetriebs trotz aller Mühen nicht werde halten können. Andererseits habe die technische Entwicklung, zumal durch die kleinen Motore und die elektrischen Betriebe, mancherlei neue Existenzmöglichkeiten für das Handwerk geschaffen. Soweit das Handwerk sich gegen größere Betriebe durchzusetzen vermöge, verdiene es volle Unterstützung. Hier müsse das Handwerk im wesentlichen zur Selbsthilfe durch genossenschaftliche Organisationen, auch durch die Gründung von Verkaufsgenossenschaften, aufgerufen werden. In diesen Fragen versagten aber gerade große Teile der Parteien, die sich sonst als mittelstandsfreundlich bezeichneten. Gegen den Zentrumsvorschlag, die Mehlzölle zu erhöhen, wandte sich Schmidt mit großer Entschiedenheit. Er verteidigte dann noch das Hausierer- und Wandergewerbe gegen die Versuche der bürgerlichen Parteien, diese Elendsexistenzen durch Polizeiverbote auszurotten. Die Ausbreitung des Hausierens sei eine Folge unserer elenden Wirtschaftslage. Wer diesen schwachen Existenzen diesen letzten Ausweg versperre, sei ehrlich zu ernähren, der treibe sie auf die Bahn des Verbrechens. — Während die Reihen der Zuhörer sich immer mehr lichteten, wurden noch zwei gute sozialdemokratische Reden gehalten. Genossin Wurm forderte unter lebhaftem Widerspruch der Deutschnationalen und der Deutschen Volksparteiler, daß die Reste der Preisbindung und der Verordnungen gegen Preistreiberei unbedingt aufrechterhalten bleiben müßten. Genosse Husemann hielt eine sachkundige Rede über die Ursachen der Kohlenkrise. Er verwies auf den allgemeinen Rückgang im Kohlenverbrauch. Diese Entwicklung sei wahrscheinlich nicht aufzuhalten, aber es gehe nicht an, daß in der Kohlenwirtschaft zwar die geschädigten Zechenbesitzer, nicht aber die erwerbslos gewordenen Arbeiter entschädigt würden. Die Rhein-Elbe-Union plane den Abbau von 5000 Bergleuten, und man rede davon, daß im Ruhrrevier die Zahl der Bergleute von 460 000 auf 390 000 gedrückt werden solle. Husemann schilderte eindringlich die sozialen Folgen einer solchen Maßnahme. Wenn der geringere Absatz an Kohle nicht die Aufrechterhaltung des jetzigen Betriebes erlaube, so müsse man eben zur englischen Arbeitswoche mit fünf Schichten übergehen, um den Schaden auf möglichst große Schichten der Arbeiterschaft zu verteilen. Außerdem müßten Mittel für die Umschulung und die Umsiedlung der erwerbslos werdenden Bergleute getroffen werden. — Am Montag Fortsetzung der Beratung.

Kommunalwahlen in Halberstadt

Sozialdemokratischer Erfolg, kommunistischer Zusammenbruch.

Halberstadt, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Am Sonntag fanden in Halberstadt Neuwahlen der Stadtverordnetenversammlung statt. Die am 4. Mai 1924 gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorgenommenen Wahlen waren infolge Benutzung durchsichtiger Wahlumschläge vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden. Es wurden abgegeben für die Sozialdemokratische Partei 8978 Stimmen, für die Kommunisten 1808, für die Bodenreformer 505, für das Zentrum 621 und für den Bürgerblock 13 847. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 15, Kommunisten 2, Zentrum 1, Bürgerblock 22. Unsere Partei hat seit der letzten Wahl rund 1500 Stimmen gewonnen, während die kommunistischen Stimmen um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind. Der Bürgerblock hat gegen den 4. Mai ungefähr seine Stimmen behalten.

Zahlung auf die erste Jahresannuität.

Die Aprilübersicht des Bureaus des Generalagenten für die Reparationszahlungen verzeichnet einen Eingang von fast 60 Millionen und Zahlungen von über 75 Millionen Goldmark. Von den Zahlungen fallen auf Groß-Britannien rund 20,5 Millionen, auf Frankreich 31 Millionen, auf Italien 3,5 Millionen und auf Belgien 8,5 Millionen. England bezog aus dem Recovery Act rund 16,45, Frankreich 2,7 Millionen. Lieferungen aus dem Ruhrgebiet sind für Frankreich mit 3,3 Millionen und für Belgien mit 666 000 Goldmark bewertet. Als Kosten an die Besatzungsarmee sind 15,4 Millionen und für Lieferung an Kohle, Farbstoffe usw. 18,8 Millionen ausgewiesen. Insgesamt sind auf die erste Jahresannuität seit dem 1. September 1924 als Eingänge 640 010 666,14 Goldmark und als Zahlungen 630 850 944,56 Goldmark gebucht, so daß am 30. April ein Barbestand von 9 159 121,58 Goldmark vorhanden war.

Ein politischer Mord.

Mazedonische Blutrache.

Wien, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Im Wiener Burgtheater, während der Aufführung des „Peer Gynt" am Freitagabend, feuerte in einer Loge eine Mazedonierin, namens Karnicin, mehrere Schüsse auf ihre Begleiter ab, durch die ihr Landsmann Panica getötet, seine Frau und ein Student Bogatinow schwer verwundet wurden. Die Täterin wurde verhaftet.

Die Mordtat, die am Freitag spät abends im Burgtheater begangen wurde, beschäftigte am Sonnabend alle Blätter. Vollständige Klarheit ist noch immer nicht geschafft, da sowohl die Attentäterin, wie auch alle anderen Mazedonier, die verhört wurden, entweder gar nicht oder sehr schlecht Deutsch verstehen und ihr Verhör daher mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Attentäterin erklärte wiederholt, daß es sich um einen politischen Mord handle, da der Ermordete vor einem Jahr ebenfalls zwei gegnerische Mazedonier habe ermorden lassen. Diese Aussage ist jedoch nicht richtig. Die beiden mazedonischen Führer Garbanow und Sarafow wurden z. B. schon im Jahre 1908 ermordet. Gegen einen Todor Panizza von der bulgarischen Polizei ist wegen dieser Mordtat damals ein Steckbrief erlassen worden. Panizza heißt mit seinem richtigen Namen Dimitrow. Er hat sich viele Jahre in Griechenland und Serbien unter falschem Namen aufgehalten und ist am 16. April nach Wien gekommen. Ueber die Ursache seines Wiener Aufenthalts liegen verschiedene Versionen vor. Nach der einen Darstellung soll er hergekommen sein, um zwischen zwei feindlichen Gruppen seiner Partei zu vermitteln, nach der andern hat er sich in Wien aus privaten Gründen aufgehalten, da sein Sohn sich in Wien aufhält, um hier die deutsche Sprache zu erlernen, und außerdem eine Verwandte, die er heiraten solle. Die Ankunft in Wien erfolgte in Begleitung seiner ständigen Leibgarde, welche ihn auf allen seinen Spaziergängen mit schußbereiten Revolvern umgab, um ihn vor Attentaten zu schützen. Panizza ist einer der Führer der föderalistischen Mazedonier, sozusagen der letzte, da die anderen von der bulgarischen Regierung längst umgebracht worden sind. Nun ist in Wien zwischen den Emigranten der föderalistischen Gruppe ein Zwist entstanden, der durch Panizza geschlichtet werden sollte. Panizza erklärte sich gegen die Gruppe Atanasow. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es sich bei der Mordtat um einen Racheakt handelt, um so mehr, da die Attentäterin nicht nur mit der Frau Panizza, sondern auch mit Angehörigen der ausgeschlossenen Gruppe sehr befreundet war.

Aus den Kreisen der Wiener mazedonischen Emigranten werden über die Vorgeschichte der Mordtat noch folgende Einzelheiten berichtet: Der Ermordete war seit ungefähr 24 Jahren in der revolutionären mazedonischen Bewegung tätig, und zwar schon in der Zeit, da Sandanski und der Wojewode Serfsi Führer der Bewegung waren. Diese Gruppe nannte sich daher auch die Serfsi-Gruppe. Ihr Ziel war die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit Mazedoniens in einer republikanischen Föderation aller Balkanvölker. Ihr heftigster Feind war die bulgarische Kamarilla am Hofe des Zaren Ferdinand, welche die mazedonische Bewegung für die Zwecke des bulgarischen Königshofes und des bulgarischen Imperialismus ausnutzen wollte. Seit dem Julioputsch des Jahres 1923, der die Regierung Zankoff zur Herrschaft brachte, ist die Hofkamarilla durch die Regierung Zankoff ersetzt, welche eine andere Gruppe, nämlich die Autonomistengruppe, unterstützt. Zwischen den Föderalisten und den Autonomisten tobte seit dieser Zeit ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf über die Führer der Föderalisten Todesurteile gefällt wurden. Mit der Ermordung des mazedonischen Führers Alexandrow begann der blutige Kampf zwischen den beiden Gruppen. Erst vor einem Monat ist in Mailand der hervorragendste Führer der Föderalisten, Tschaulow, einem Mordattentat zum Opfer gefallen, und die mazedonischen Föderalisten, welche in Wien der Föderation Balkanique angehören, erklären, genau gewußt zu haben, daß Nikolow das nächste Opfer sein werde. Er wußte es auch und war deshalb ständig von bewaffneten Mazedoniern umgeben. Nun wird von den Föderalisten darauf verwiesen, daß die Attentäterin mit der Schwester der Frau des bulgarischen Pressechefs, eines gewissen Antonow, intim befreundet war. Antonow leitete in Wien ein Bureau, welchem auch ein gewisser Karadjiew angehörte. Er war der offizielle Vertrete der bulgarischen Militärliga, welche die eigentliche Herrschaft in Bulgarien ausübt. Dieser Karadjiew hatte die Aufgabe, die in Oesterreich befindlichen bulgarischen und mazedonischen Föderalisten zu überwachen. Die Fäden der Ermordung des Nikolew führen auch zu Tschaulow, Antonow und dem Karadjiew hin. In den Kreisen der Föderalisten wird die Befürchtung ausgesprochen, daß noch weitere Morde folgen werden.

Bassermann-Gastspiel im Stadttheater.

„Wetterleuchten" von Strindberg.

Das zweite Gastspiel Bassermanns, das am vergangenen Sonnabend stattfand, konnte insofern ein erhöhtes Interesse beanspruchen, als in Halle für „Wetterleuchten" das künstlerische Personal durch die Regie der vor kurzem stattgefundenen Aufführungen auf einen bestimmten Darstellungsstil festgelegt war. Dieser Stil war der Ausdruck absoluter Verinnerlichung, die sich namentlich im Spieltempo wie in der Einzelgeste stark und im allgemeinen vorteilhaft fühlbar machte. Für alle diejenigen, die Bassermanns Eigenart, seine Größe und seine Schwäche kannten, stand es von vornherein fest, daß er den von Intendant Dietrich feinerzeit gezogenen Rahmen sprengen würde. Es ist klar, daß die Gesamtaufführung an künstlerischer Einheit auf diese Weise beträchtlich verlor. Sie mußte verlieren allein dadurch, daß der Gast selbstverständlicherweise gar nicht daran dachte, den hier einmal ausgegebenen Regievorschriften sich zu fügen, zum zweiten dadurch, daß ein Teil der hiesigen Schauspieler (Eylander, Tiedemann) an der Regie-Anweisung ihres Intendanten nach Möglichkeit festhielten, zum dritten dadurch, daß der beflügelnde Einfluß der Bassermannschen Einstellung sich auf die Vertreterin der Gerda-Rolle (Theiter-Lange) erstreckte, und schließlich dadurch, daß die Gesamtaufführung ein Tempo annahm, das den ursprünglichen Absichten der Intendanz nicht in vollem Umfange entsprach.

Doch verweilen wir bei Bassermann selbst. Der Künstler ist unserer Auffassung nach kein Strindberg-Darsteller. Bassermann ist vielleicht der letzte große Träger jener Komödiantenschule, für die die moderne Dramatik nur eine verhältnismäßig beschränkte Verwendung hat. Aber als Komödiant ist Bassermann wahrhaft groß. Wie er das Walzer-Erinnerungsmotiv in Sprechton, Flügelton, Gesichtsausdruck, Gebärde zu variieren versteht, ist ganz virtuos. Bassermann kann mit der Rolle des pensionierten Beamten nichts anfangen, wenn sie ihn nicht als Folie seiner fabelhaften Nuancierungskünste dient. Zum Beispiel: Wie stark koloriert wirkt das von Strindberg doch Grau in Grau gedachte Bild, wenn Bassermann dem Himbeer-Konditor in einer Mischung von Selbstkritik, Satire und Humor sagt, daß man sich in der Distanz eigentlich doch am besten ausnehme. Eine Leistung, deren Genre-Größe zur Bewunderung verleitet. Auf der anderen Seite kam der Komödiantenstil Bassermanns beispielsweise im Augenblick des unerwarteten Wiedersehens seiner geschiedenen Frau so eklatant zum Ausdruck, daß wir unsere Darstellung von der eigentlichen Zweckbestimmung Bassermannscher Kunst wohl aufrechterhalten können. Fran Bassermann, die am Sonnabend die Luise gab, neigt augenscheinlich mehr zum Innenspiel als ihr Gatte.

In der äußeren Aufmachung hatte sich einiges vorteilhaft verändert. Das erste und letzte Bild war den übermäßig provinziellen Abschlüssen nach rechts entkleidet, das zweite Bild hatte sich sowohl durch Neuanordnung und Neuaufstellung von Möbeln, wie durch Fortlassung früherer, verschiedentlich unliebsam aufgefallenen Kitsches verändert. Wieweit sich der Einfluß Bassermanns auf diese Aenderung erstreckt, entzieht sich unserer Kenntnis. Sch.

Das neue russische Urheberrecht.

Obzwar in Sowjetrußland bekanntlich das Eigentumsrecht offiziell abgeschafft ist, hat die Sowjetregierung sich vor kurzem entschlossen, die literarischen und künstlerischen Eigentumsverhältnisse wenigstens einigermaßen den sonst in der Kulturwelt üblichen Grundsätzen anzupassen. Das neue russische Urheberrecht, das diese Verhältnisse regelt, erstreckt sich allerdings grundsätzlich nur auf Werke, die in Sowjetrußland erschienen sind oder sich dort in Form von Manuskripten befinden. Werke, die im Ausland erschienen sind, genießen dagegen den Schutz des Urheberrechts nur in dem Umfang, der durch Verträge mit den betreffenden Staaten festgelegt ist. Das Urheberrecht gilt lediglich während einer Frist von 25 Jahren vom Zeitpunkt der Veröffentlichung des Werkes an. Stirbt der Verfasser vorher, so geht es auf seine Erben über, aber nur für höchstens 15 Jahre, falls die Schutzfrist von 25 Jahren nicht schon vorher abgelaufen sein sollte. Auch das Urheberrecht an posthumen Werken geht für die Dauer von gleichfalls höchstens 15 Jahren auf die Erben über. Bedenklich und gefährlich ist die Bestimmung, die die Sowjetregierung ermächtigt, das Urheberrecht an jedem in Sowjetrußland erscheinenden Werk jederzeit gegen eine einseitig von ihr selbst festzusetzende Entschädigung zu enteignen.

Stadt-Theater.

Morgenfeier für „Mozart".

Mozart wird in der Musikgeschichte als der erste „Weltkomponist" bezeichnet, denn alles Musikmachen der vor Mozart wirkenden Meister trug den Stempel des einseitigen Geltendmachens der verschiedenen Richtungen; es war eine Zeit der Zerspltterung, keine Musikform hatte durchgreifenden Erfolg. Erst Mozart stand in europäischem Rufe, seine Tätigkeit bildet den Kulminationspunkt einer neuen Musikära. Die Größtat Mozarts besteht für alle Zeit in seinen Opern, denn hier war er der größte Dichter auf musikalisch-dramatischem Gebiet; er steht neben Shakespeare und Goethe mit seiner einzig vollendeten, individuellen Charakterisierungskunst. Menschen in objektiven Gestalten hinzustellen. Seinen Zeitgenossen war Mozart nicht recht verständlich; er wurde viel ignoriert, ja auch angefeindet. Erst die „Zauberflöte" trug den Namen Mozarts in breitere Schichten; seine Anerkennung kam nach seinem Tode.

Gerade in unseren Tagen hat das Interesse für Mozart einen großen Aufschwung genommen; man will Versäumtes nachholen und bereitet diesem Genius eine durchgreifende Wiedererweckung. Die heutige Morgenfeier für Mozart war die letzte und sicher wertvollste unter diesen Veranstaltungen. Schon der einleitende Vortrag des Berliner Professors Dr. Hermann Abert wich stark von der Schablone ab und beleuchtete Mozarts Opernschaffen in einer prägnanten, ungemein geistvollen Art; seine Ausführungen brachten den Beweis, daß man Mozarts Meisteroperen niemals als „komische" ansehen dürfe, niemals als Fortsetzung der Opera buffa. Der Redner wurde mit großer Wärme immer wieder vor die Rampe gerufen.

Das musikalische Programm brachte zunächst das Es-Dur-Quintett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott, ganz meisterhaft vorgetragen von Erich Band und den Herren Freudenberg, Baum, Held und Karl.

Alsdann standen die Darbietungen im Zeichen vom „lustigen Mozart". Unsere beliebte Operndiva Hilde SS-Andrae sang vier Lieder mit schöner Tonentfaltung und feiner Gliederung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0002

Vervollständigung des Wahlsieges des französischen Linkskartells.

Eine einzige große Niederlage für die Kommunisten.

Paris, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Die am Sonntag vorgenommenen Stichwahlen haben durch ihr Ergebnis den **Sieg der Linken vom vergangenen Sonntag bestätigt und vervollständigt.** Selbst in Paris, wo die Aussicht eines Sieges des Linkskartells am geringsten war, nahm dasselbe zu. Die Rechte, die bisher 50 Sitze innehatte, bekam nur 47. Von den gewonnenen Mandaten ist eins an die Radikalsozialisten gefallen, während die restlichen zwei den republikanischen Sozialisten zugute kamen, die allerdings einen Sitz an die Kommunisten verloren haben. Die Kommunisten haben zwar in Paris einen Sitz zu gewinnen vermocht, aber der Wahlausgang in den Gemeinden des Arrondissement ist eine einzige große Niederlage. Selbst in Levallois, wo Vaillant-Couturier an der Spitze der kommunistischen Liste stand, ist diese von dem Kandidaten des Linkskartells geschlagen worden. Auch zahlreiche andere Kommunen, in denen die Kommunisten bestimmt zu siegen hofften, gingen in den Besitz des Linkskartells über. Der einzige Ort, den sie nach dem bisher vorliegenden Ergebnis zu erobern vermochten, ist St. Denis.

In der Provinz hat das Kartell auf der ganzen Linie gesiegt. **In Bordeaux sind die angesetzten acht Stichwahlen sämtlich zugunsten der Linksparteien ausgefallen.** In Marseille konnte die Kartellliste des sozialistischen Bürgermeisters Flaissiers vollständig durchgehen. Straßburg hat jetzt 24 Sozialisten und 12 Radikalsozialisten in den Gemeinderäten. Zu den zahlreichen Kreishauptstädten, in denen die Mehrheit von den Rechtsparteien auf das Kartell übergegangen ist, gehören unter anderem Weißenburg, Mülhausen, Orleans, Dünkirchen, Valenciennes, Dolnay, Epernay, Toul, Soissons, Montbelliard und zahlreiche andere Städte.

Konferenz der Balkansozialisten.

Beschluß der SAI.

Paris, 11. Mai. (WTB.)

Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat beschlossen, eine Konferenz der Balkanstaaten einzuberufen, zu der eine Untersuchungskommission der Sozialistischen Internationale, bestehend aus Vandervelde (Belgien), Tom Shaw (England) und Fritz Adler (Oesterreich), abgeordnet werden soll.

Weltkrieg und Alkohol.

Von Hermann Schützinger.

Der Gießener Universitätsprofessor Hans Schmidt hat die Literatur über den militärischen Zusammenbruch 1918 um eine wertvolle Schrift bereichert („Warum haben wir den Krieg verloren?" — Neuland-Verlag, Hamburg), welche die verderbliche Wirkung des Alkohols auf die im Großkampf stehende Truppe durch eine erdrückende Zahl von Einzelberichten und durch deren Auswertung zu einem abgerundeten Bild dokumentiert. Hans Schmidt geht mit aller Schonungslosigkeit gegen Alkoholexzesse von Offizier und Mann vor und scheut sich nicht — etwa aus „patriotischen" Gründen vor dem Offizierkorps und selbst vor der Obersten Heeresleitung Halt zu machen.

In einem Punkt aber irrt Hans Schmidt: Die deutsche Offensive 1918 ist nie und nimmer an den Weinkellern bei Albert, Moreuil, Montdidier, Ham und Noyon „festgelaufen"! Diese Offensive mußte scheitern zufolge der klaren Gesetze der Operation, der Transportkrage und der Reservenverschiebung. Sie hätte nie und nimmer unternommen werden dürfen, wenn man den Feind, dessen Truppe, Material und dessen Führung einschätzte nach den Maximen des gesunden Menschenverstandes und nicht nach den Phantastereien des militärischen Größenwahns.

Es ist richtig: Wir haben im Frühjahr 1918 „geplündert" nach allen Regeln der Kunst zwischen Ypern und Reims und keine Konservenbüchse verschont und keine Pulle Wein, die uns zwischen die Finger kam. Kostbare Zeit ist dabei versäumt worden, das ist kein Zweifel! Daß aber das Zurückbleiben einzelner Truppenteile vor den im allgemeinen recht dünn gesäten Weinkellern sich operativ ausgewirkt hätte, das muß jeder, der die Breite der in Betracht kommenden Angriffsräume kennt, rundweg verneinen.

Wenn Hans Schmidt den Nachweis zu erbringen sucht, daß die künstliche „Alkoholisierung" der Truppe deren Stoßkraft schwer geschadet hat, so gebe ich ihm recht; wenn er den Beweis erbringt, daß der Heißhunger nach Lebens- und Genußmitteln die Truppe im Frühjahr 1918 zu gierigen Bestien gemacht hat, die ihr eigenes Leben wegwarfen um einer Hartwurst, um einer Pulle Rotwein willen — dann muß ich ihm voll und ganz beistimmen. War es aber nicht die Pflicht der OHL., auch diese menschlichen Momente des Truppeneinsatzes mit in Rechnung zu stellen! Zum Teufel nochmal — der Mensch ist nun einmal keine Maschine, die man endlos zu irrsinnigen Zwecken mißbrauchen kann und die sich über Berge von Konserven und Marmelade automatisch hinwegbewegt, während der Hunger wie toll in den Gedärmen wühlt!

Hans Schmidt zeichnet grauenvolle Bilder: Menschen, die sich im Feuer besaufen; einen Major, wie er im Suff durch das Bombardement von Armentieres torkelt; Bierleichen zwischen krepierten Menschen und Pferden!

Erich Ludendorff aber entblödet sich nicht, diesem Prediger der Abstinenz zu schreiben: „Sie irren — die Einflüsse der Heimat sind es gewesen!"

Soll man da noch diskutieren — oder soll man das Höllengelächter verhallen lassen — über dem Berg voll Leichen, Fusel und Führerwahn? (Aus der „Glocke" vom 9. Mai.)

Französische Grenzverletzung in Marokko?

Paris, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Das seit einigen Tagen umlaufende Gerücht, **das französische Oberkommando in Marokko habe die Absicht,** bei der Verfolgung der Truppen Abd el Krims **die Grenze des spanischen Gebietes zu überschreiten, nimmt greifbare Gestalt an.** Die diplomatischen Schwierigkeiten, die aus dieser Absicht erwachsen können, werden am Freitagabend eingehend von der „Information" erörtert. Das Blatt schreibt: „Die Niederlage der Spanier verändert **vollkommen die durch die internationalen Verträge geschaffene Lage in Marokko und macht es zur dauernden Sicherung der französischen Grenze notwendig, die französische Gegenoffensive gegen Abd el Krim in das spanische Gebiet vorzutragen.** Ob Spanien bereit ist, gemeinsam mit Frankreich den Krieg gegen die Rifleute zu führen, geht aus der Rede, die der homische Diktator Primo de Rivera vor einigen Tagen in Sevilla gehalten hat, nicht hervor. Es ist Zeit, daß die französische Regierung sich erklärt, welche Haltung sie in dieser Frage einzunehmen gedenkt."

Belgisches Uebergangsministerium

Brüssel, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Vandervelde ist am Freitagabend zur Sitzung des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale nach Paris gereist. Das deutet nach Lage der Dinge darauf hin, daß eine Einigung zwischen Sozialisten und christlichen Demokraten noch nicht erzielt werden konnte. Der Ausweg aus der Sackgasse der Regierungskrise dürfte nunmehr in der Ernennung eines kurzlebigen Uebergangsministeriums mit vorwiegend katholischer Beteiligung gesucht werden. Dieses Ministerium würde sich zur ausschließlichen Aufgabe machen, den Haushaltsplan zu verabschieden und den Parteien noch einige Wochen Zeit zu weiteren Verhandlungen zu geben, um eine dauerhafte Lösung der Frage der Regierungsbildung zu finden.

In den Abendstunden des Freitag ist der Führer der flämischen Katholiken, Vandervivere, mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Er hat den Auftrag angenommen und wird versuchen, ein katholisches Ministerium mit einigen Fachleuten zu bilden. Ob ein solches Ministerium auch nur einen einzigen Tag lebensfähig ist, steht dahin.

Der verstorbene Thorsson.

Der frühere Schuhmachergeselle Frederik Wilhelm Thorsson gehörte zu den Gründern der schwedischen Partei und hat sich nicht nur durch seine agitatorische und journalistische Begabung, sondern auch durch sein unermüdliches Arbeiten und Eintreten für das Proletariat das unbedingte Vertrauen der Arbeiterschaft und die Achtung weiter Kreise erworben. Er galt als einer der besten Kenner schwedischer Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Die Textilkrise.

Von fachmännischer Seite wird uns geschrieben: Das Anschwellen der Rubriken „Konkurse, Geschäftsaufsichten und Zahlungsstockungen" in den Tages- und Fachzeitungen ist in allererster Linie auf die große Beteiligungszahl insolvent gewordener Firmen der Textilindustrie zurückzuführen. Diese Tatsache zeigt auch dem der Textilbranche Fernstehenden, daß hier etwas nicht in Ordnung ist und beweist, daß Schwierigkeiten, durch die sich die gesamte deutsche Wirtschaft durchzukämpfen hat, der Textilindustrie im verstärkten Maße entgegenstehen und ihre Lage durch besondere Momente ungünstig beeinflussen.

In der Inflationszeit konnten sich alle Glieder der Textilwirtschaftskette eines guten Geschäftsganges erfreuen. Das Bild wechselte nach der Stabilisierung. Die Methoden des Ein- und Verkaufs und anderer geschäftlicher Dispositionen, die sich in der Inflationszeit als fördernd erwiesen hatten, verloren mit der Stabilisierung der Mark ihre Gültigkeit, ohne daß sich leider diese Erkenntnis sofort Bahn brach. Man arbeitete mit wenigen Ausnahmen im gleichen Stil weiter und erkannte nicht, daß nunmehr die Rückkehr zur vorkriegsmäßigen Disposition, Kalkulation usw. das Gebot der Stunde war. Man bestellte in der scheinbar so ausgezeichnet bewährten Weise weiter riesige Mengen der benötigten Materialien, ohne sich große Sorge zu machen, wie sie abgesetzt und bezahlt werden würden. Konnten bisher mit den vom Abnehmer eingehenden Geldern die Lieferantenschulden bequem und rechtzeitig abgetragen werden, so mußte nun, sobald aus irgendeinem Grunde eine Stockung im Verkauf eintrat, schon hierdurch allein eine Störung in der regelmäßigen Abwicklung der Begbindlichkeiten eintreten.

Eine Reihe anderer Momente kam noch hinzu, um eine derartig entstehende Schwierigkeit zu einer Katastrophe zu gestalten. Die Exportmöglichkeiten hörten auf oder verringerten sich auf ein Minimum. Die Kosumkraft in Deutschland erwies sich als bedeutend überschätzt, und Faktoren, die bis dahin unberücksichtigt geblieben waren, wurden nunmehr wieder von erheblichem Einfluß. Neben der Frage der Mode und der Einwirkung des Wetters auf die Saison trat die Entwicklung der Verhältnisse und Preise auf den Rohstoffmärkten in Erscheinung. Baumwolle, namentlich aber Wolle, zeigten seit vielen Monaten eine abschlägige Tendenz, und die jeweiligen Berichte der in London und Australien stattfindenden Wollauktionen, die auch der kleinste Konfektionär liest, berichten fast regelmäßig von einer neuen Senkung der Preise. Jede frühzeitige Bestellung von Textil-Rohstoffen oder Fertigwaren mußte sich daher folgerichtig fast regelmäßig als zu teuer erweisen. Jeder plötzliche Wechsel der Mode sammelte große Mengen unkurranter Ware auf den Lägern, die entweder nur mit großen geldlichen Einbußen loszuschlagen waren, oder zur Festlegung von Kapitalien führten, die auf diese Weise den laufenden Betriebsmitteln entzogen wurden. Die Mode besitzt eben die wesenseigene Art der Frau, launisch und unberechenbar zu sein. So wurden beispielsweise in der Sommersaison 1925, die jetzt ausklingt, gewisse Artikel nicht nur vernachlässigt, sondern geradezu abgelehnt. Es blieben auf diese Weise gewaltige Mengen von Tüchen und Tuchmänteln liegen. Das infolge der kalten Witterung spät einsetzende Frühjahrs- und Sommergeschäft und die frühe Fälligkeit der Ostertage ließen in diesem Jahr den Zeitraum für das Sommergeschäft sehr zusammenschrumpfen. Die wirklich wärmere Witterung wird es ganz beenden. Denn nun werden wollene Kostüme und Mäntel nicht mehr gekauft, und wer diese Kleidungsstücke noch nicht erworben hat, geht sogleich zum Sommerkleid über.

Alle diese Momente zusammengenommen, brachten viele Firmen des Stoffhandels und namentlich der Damenkonfektion in eine Situation, der sie infolge ihrer geschwächten Kapitalkraft nicht gewachsen waren. Von ihren Lieferanten, die viele Monate auf längst fällige Gelder gewartet haben, wurden sie schließlich doch in Bedrängnis und zur Erkenntnis ihrer Zahlungsunfähigkeit gebracht. Was schon längst ihre Pflicht gewesen wäre, nämlich, sich über den Stand ihres Unternehmens Klarheit zu verschaffen, taten sie nun endlich und mußten erkennen, daß sie eigentlich schon seit langem unter Pari standen. Es zeigt sich heute nämlich, daß sie bei richtiger Bewertung ihrer Aktiven, d. h. ihres Besitzes, an Vorräten und Außenständen, schon längst gegenüber den Passiven, ihren Schulden und Verpflichtungen, im Minus waren. Hatten sie bei früheren Bilanzen ihre Lagervorräte zu Einkaufs- oder gar zu Verkaufspreisen bewertet, so konnten nun derartige Methoden gegenüber den Tatsachen nicht mehr standhalten; denn die Abschreibungen auf das Lager führten sofort zu einer anderen Bewertung, zu Defiziten. Dazu kamen Ausfälle von Zahlungseingängen schwach gewordener Schuldner, unproduktive Ausgaben für Verzugszinsen, im Verhältnis zur Größe des Unternehmens zu große Betriebsspesen, aber auch dem Umfange des Geschäfts nicht angepaßte Privateinnahmen der Inhaber. Ein Manko von 40 bis 50 Prozent offenbarte sich mit einem Schlage. Die Flucht unter den Schutz der Geschäftsaufsicht, die in ganz anderen Zeiten durch den Gesetzgeber zur Abwendung des Konkurses dem Kaufmann zur Verfügung gestellt war, und den Zweck hatte, einem Unternehmen über vorübergehende Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, war der erste Schritt des Schuldners. Selten gelang es in dieser Geschäftsaufsicht, die Gläubiger voll zu befriedigen und die Weiterführung des Geschäftes zu ermöglichen. In den meisten Fällen führte sie zum Zwangsvergleich, für dessen Zustandekommen im Gesetz eine Majorität von den Gläubigerforderungen vorgesehen ist; häufig genug führte sie zum völligen Zusammenbruch der Firma, zum Konkurs. Die Versuche, auf außergerichtlichem Wege eine Einigung mit den Gläubigern herbeizuführen, waren und sind an der Tagesordnung.

Eine Besserung der Verhältnisse kann sich nur mit der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage (und der Hebung der Kaufkraft der Massen, — Red. „Volksblatt") ergeben. —lt.

Konzert der „Madrigal"-Vereinigung.

Leitung: Dr. Hans Kiermann.

Wer die Konzertprogramme der verschiedensten Zonen vergleicht, der wird wohl bald merken, daß neben den „modernen" Werken auch ein stark archaistischer Zug vorwaltet; es werden uns entstaubte Opern, Suiten, Motetten und Madrigale vorgeführt. Wir finden das alles recht hübsch, fragen uns aber doch, ob diese Kombination einen einheitlichen Stil für unser zeitgemäßes Empfinden ergeben kann. Denn nicht immer lauschen wir den antiken Kostbarkeiten ohne Widerstreit.

Am ehesten werden solche künstlerisch vollwertige Darbietungen im alten Stil durch den vierstimmigen Satz erreicht. Neben dem Streichquartett denken wir auch an den A-capella-Gesang von vier Stimmgattungen. Hier darf man jubilte Kunst erwarten, denn der vierstimmige Satz ist der edelste, wenn auch nicht farbenprächtigste Erguß musikalischer Kunst. Aber nur von einem künstlerisch vollendet eingespielten oder eingesungenen Quartett kann man Gutes erwarten; man muß also bei Beurteilung einer solchen Künstlergemeinschaft sein Augenmerk mehr auf die Einzelheiten richten.

Das Madrigal kam zuerst aus der Provence nach Italien, wo es eine europäische Berühmtheit erlangte. Als ältesten Madrigalkomponisten nennt die Musikgeschichte den Florentiner Casella. Einige Forscher behaupten allerdings, daß die eigentliche Madrigalkunst mit Willaert (1510) beginnt. Erst nach diesem Meister entstand eine Unzahl kirchlicher wie weltlicher Madrigale, die sich teilweise bis zum heutigen Tag erhalten haben. In Wien gab es eine Madrigalvereinigung in der italienischen Minoritenkirche, die eine Epoche von mehr als zwei Jahrhunderten nachweisen konnte. Auch in London besteht heute noch die von John Immyns im Jahre 1714 gegründete „Madrigal Society", die einen großen Schatz an Madrigalen besitzt.

Die Hallenser Madrigalvereinigung, die nach längerer Zeit wieder ein selbständiges Konzert gab, schien in numerischer und stimmlicher Hinsicht sehr gewachsen. Es gibt in dieser Vereinigung recht ergiebiges, teils auch gut geschultes Stimmenmaterial; alle singen mit Hingabe und konzentrierter Aufmerksamkeit. Einzelne Unebenheiten dürften zu beheben sein; ich denke hier an die etwas unreinen Einsätze im ersten Teil, auch in den Brahms-Quartetten. Das Programm hat manches Juwel alter Madrigalkunst, darunter Werke von Archadelt, Schütz, Kammerduette von Marcello, Caesiello, ferner dreistimmige Kanons von Haydn, die uns mit freundlichen, doch sehr gealterten Zügen ansahen, auch zwei Chorlieder, die, zwischen Haydn und Brahms, etwas deplaciert schienen.

Das Bohnhardt-Quartett brachte die Sonata a quattro von Tartini ganz vorzüglich zu Gehör; man merkt hier schon jene Bravour in der Satztechnik, die ein Jahrhundert später das Element der großen Geiger wurde.

Der verdienstvolle Leiter der Madrigalvereinigung, Dr. Kleemann, wurde am Schlusse durch großen Beifall geehrt.

S. S.

Stadttheater. Am heutigen Montag 7½ Uhr: „Mutterlegende". Dienstag 7½ Uhr: „Kreidekreis". Mittwoch 7½ Uhr: „Tiefland", mit Eleonore Welff als Martha i. G. Donnerstag 7½ Uhr: „Frasquita", mit Margarethe Rößner a. G. Freitag (in neuer Ausstattung und Inszenierung von Professor Thierich): „Così fan tutte". Sonnabend: „Tiefland".

ganz besonders wirkte „Die kleine Spinnerin" und „Warnung". Die Künstlerin wurde mit großem Beifall belohnt. Danach kam das Bambel-Terzett, gesungen von Hilde Voß, Marcell Wittrisch und August Roesler; es wurde sehr wirksam vorgetragen und weckte stürmische Heiterkeit. Eine kleine Sensation bildete der Vortrag des „Dorfmusikanten-Sextetts", wohl die geistreichste Persiflage auf die künstlerische Impotenz gewisser Wiener Zeitgenossen Mozarts. Es wurde ganz ausgezeichnet vorgetragen und wirkte so köstlich, da unsere beiden Konzertmeister Versteeg und Bohnhard sich nicht nur als Künstler ihres Instruments, sondern auch als treffsichere Komiker erwiesen.

Es gab am Schluß wahre Beifallsstürme, die wohl in erster Reihe unserem Generalmusikdirektor Band galten. S. S.

Arbeiter-Solidarität.

Die dänischen Arbeiter verfechten bereits seit Wochen einen berechtigten Kampf um ihre Existenz. Jeder Kampf, welcher Art er auch sei, aber kostet Geld, und mit dem Augenblick, wo die finanziellen Mittel zur Fortführung des einmal begonnenen Kampfes ausbleiben, ist die Schlacht verloren. Das trifft ganz besonders auf die dänische Arbeiterschaft zu. Sie hat im Verlauf der letzten Monate unter den Valutasorgen ihres Landes ganz besonders gelitten. Die Mittel sind zwar nicht erschöpft, aber sie reichen dennoch nicht, den Kampf um die Existenz siegreich zu Ende zu führen.

Als die deutsche Arbeiterschaft vor, während und nach der Inflation in einem ähnlichen Ringen stand, wie es jetzt von den dänischen Arbeitskollegen ausgefochten wird, zögerten die dänischen Gewerkschaften keinen Augenblick, uns in Deutschland, so gut es in ihren Kräften stand, zu helfen. Sagen wir es ganz offen: nicht zuletzt verdanken wir es den dänischen Arbeitern, wenn unsere Partei und die Gewerkschaften die Wirren der Inflation überstanden und heute wieder festen Fuß gefaßt haben. Diese Situation verpflichtet zu einer Anerkennung der uns damals geliehenen dänischen Hilfe. Sie verpflichtet, weil es den dänischen Gewerkschaften finanziell nicht besonders gut geht,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0003

während die deutsche Partei und ebenso die Gewerkschaftsorganisationen im Vergleich wesentlich besser gestellt sind. Aus diesem Grunde hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den dänischen Gewerkschaften einen Betrag von 400 000 Mark überwiesen.

Diesen Solidaritätsbeweis benutzt die deutsche Rechtspresse zu einem wirbelosen Angriff auf die deutschen Gewerkschaften und die Partei. Sie entblödet sich nicht, die Unterstützung der dänischen Arbeiter mit dem vor längerer Zeit zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie abgeschlossenen Uebereinkommen, das hauptsächlich die deutsch-dänische Grenze betraf, in Zusammenhang zu bringen. Damals wurde behauptet, die deutsche Sozialdemokratie habe das Abkommen zu einem finanziellen Geschäft benutzt, während das gleiche jetzt von den dänischen Arbeiterorganisationen gesagt wird. Wer hat nun in Wirklichkeit das Geschäft gemacht? Darauf wird die Rechtspresse niemals eine Antwort geben, weil nie ein Geschäft gemacht worden ist; immerhin verleumdet sie, da das in erster Linie ihre Aufgabe ist und weil sie von Solidaritätsgefühl nichts versteht. Alle Hetze aber wird die Arbeiterschaft der Welt nicht abhalten, sich gegenseitig zu unterstützen und zu helfen, wenn es erforderlich und wenn es möglich ist.

Kopenhagen, 8. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Staatsminister Stauning äußerte sich zu der am Mittwoch auf der Generalversammlung der Gewerkschaften angenommenen Entschließung gegenüber der dänischen Presse wie folgt: „Ich betrachte die Resolution als Friedensvorschlag. Ich kann das um so mehr sagen, als ich die näheren Umstände kenne, unter denen sie zustandegekommen ist. Es ist die ernste Absicht der dänischen Arbeiter, durch neue Verhandlungen zu einem Abschluß des Arbeitskonfliktes zu kommen. Ich glaube, alle Beteiligten müssen sich sagen, daß der Streit ein Ende haben muß." — Die kleineren Teilstreiks, die am Donnerstag zum Ausbruch kommen sollten, sind auf Grund der Resolution bis auf weiteres vertagt worden.

Trotzki versichert.

Moskau, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Trotzki hat bei seinem Erscheinen im Allrussischen Kongreß in längeren Erklärungen seine Loyalität gegenüber den Parteigrundsätzen und seine Solidarität mit der Kommunistischen Partei versichert. Gleichzeitig hat er die Gerüchte, daß er für die bürgerliche Demokratie (also doch für die Demokratie und gegen die Diktatur. — Red. „Volksbl.") und für die völlige (!) Freiheit des Handels eintrete, entschieden dementiert.

Aus aller Welt.

Vom D-Zug erfaßt.

Mannheim, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Auf der Eisenbahnstation Rothmalsch bei Wiesloch in Baden ereignete sich am Sonntag ein schweres Unglück. Abends gegen 7/8 Uhr wollte ein Lastauto, das mit Personen besetzt war, in der Nähe der genannten Ortschaft den Bahnübergang überqueren. Im gleichen Augenblick sauste der Schnellzug Frankfurt—Stuttgart daher und streifte den noch auf den Gleisen befindlichen Anhängewagen. Die Insassen wurden zum größten Teil aus dem Wagen herausgeschleudert und überfahren. Von den 15 Beteiligten sind **11 tot und außerdem vier schwer verletzt.** Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß die Schranke nicht geschlossen war. Die bahnamtlichen Untersuchungen sind vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Das Gift in der Kaffeetasse.

Vor dem Schwurgericht in Gera wurde in den letzten Tagen gegen die Frau des Landgerichtsdirektors Fritsche aus Altenburg verhandelt, die angeklagt war, an ihrer Schwägerin, der verwitweten Rittergutsbesitzerin Mühlig-Hoffmann aus Ehrenhain bei Altenburg, einen Giftmordversuch begangen zu haben.

Am 4. Oktober vorigen Jahres war die Angeklagte bei Frau Mühlig-Hoffmann eingeladen. Frau Fritzsche soll bei dieser Gelegenheit die Kaffeetassen vertauscht haben. Als Frau Mühlig-Hoffmann später den Kaffee kostete, soll er einen eigenartigen bitteren Geschmack gehabt haben. Eine Untersuchung des Kaffees am nächsten Tage ergab, daß in der Tasse Strychnin enthalten war. Die Familien hatten am Tage vorher schwere Streitigkeiten gehabt.

In der mehrtägigen Verhandlung bestritt Frau Fritzsche aufs entschiedenste die gegen sie erhobenen Beschuldigungen, und die Hauptzeugin verwickelte sich mehrfach in erhebliche Widersprüche. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Die angeklagte Frau Fritzsche wird freigesprochen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. In der Begründung heißt es, daß sich die Unschuld der Frau Fritzsche vollkommen erwiesen habe, und daß die Hauptzeugin Mühlig-Hoffmann selbst der Tat dringend verdächtig sei. Für die Kosten aufzukommen, sei nicht angängig, da sie dann vorher hätte gehört werden müssen. Sie war aber vor Beginn des Plädoyers aus dem Gerichtssaal verschwunden und nicht zurückzubringen.

Schwarze Pocken in London. Seit dem 25. April haben sich bereits fünf Fälle von schwarzen Pocken in London ereignet. Der letzte Fall betrifft ein junges Mädchen, das in eine Londoner Station für isolierende Kranke eingeliefert worden ist. Aus Kettering, einer englischen Provinzstadt, werden zwei neue Pockenfälle gemeldet. Der englische Gesundheitsminister, Sir Kingslen Wood, nahm Gelegenheit, sich im Unterhaus zu den Pocken-Erkrankungen zu äußern und hob dabei hervor, daß die amtlichen Medizinalpersonen den Ausbruch der Krankheit auf die Vernachlässigung der Impfungen zurückführen, die allein den geeigneten Schutz darstellten.

Eine Stadt durch Feuer vernichtet. In dem wolhynischen Städtchen Klewan bei Lutzk ist ein verheerender Brand ausgebrochen, dem nach den letzten Nachrichten der größte Teil des Ortes zum Opfer gefallen ist. Auch die vor dem Ort gelegenen großen Sägemühlen, wo Bauholz für die Wachhäuser des Grenzschutzkorps zugerichtet wird, sollen ein Raub der Flammen geworden sein.

Schwerer Verkehrsunfall. Der siebenjährige Schüler Alfred Krause aus der Schillerstraße 89 in Charlottenburg wurde durch eigene Unvorsichtigkeit von einem Auto überfahren. Ihm wurden beide Beine abgefahren. Der Verunglückte wurde mit einem Wagen des Rettungsamtes in das Krankenhaus Westend gebracht.

Verantwortlich für Politik: Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Vereins-Kalender

der SPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

Rechtskommission. Mittwoch, den 13. Mai, nachmittag 5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Sitzung.

Republikanischer Frauenbund. Montag, den 11 Mai, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Bär", Bärgasse: Zusammenkunft. Gräfin Todna spricht über „Die politische Lage". Besprechung über Vereinsabzeichen. Gäste willkommen. 3358

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, in den „Drei Schwänen": Funktionärsitzung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Funktionäre unbedingt notwendig.

Kleinwittenberg-Piesteritz. Montag, den 11. Mai, pünktlich 8 Uhr, im „Volksheim": Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Holzweißig. Mittwoch, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Sonntag: Versammlung. Genosse Fischer spricht über „Die Arbeitskämmer". Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Gilenburg. Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Stadthalle": Frauenversammlung. Genossin M. Köpert spricht über „Die Frau als Kämpferin für den Sozialismus".

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Sonntag, den 17. Mai: Pflichtfahrt nach Bitterfeld. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt: 2 Mk. Abfahrt früh 8.42 Uhr. Rückfahrt abends 12.47 Uhr. Sammeln und Abmarsch der einzelnen Bezirke, Jugend und Radfahrer, pünktlich, wie folgt: Bezirk 1 (Mitte) früh 8 Uhr, „Schwarzer Bär", Markt; Bezirk 2 (Nord) früh 7.40 Uhr, „Schmelzers Höhe", Eichendorffstraße; Bezirk 3 (Ost) früh 8 Uhr, Straßenbahndepot, Rosengarten; Bezirk 4 (West) früh 7.50 Uhr, „Saalquelle", Gröseweg; Bezirk 5 (Süd) früh 8 Uhr, bei Naumann, Dreyhauptstraße 10; Jugend (erfolgt noch Anweisung durch Jugendleitung).

Radfahrerabteilung früh 8 Uhr an der Hindenburgbrücke auf der Straße nach Diemitz.

Radfahrer können den Zug 10.55 Uhr benutzen. Kameraden, welche aus beruflichen Gründen früher von Bitterfeld zurückfahren müssen, können den Zug 8.48 Uhr benutzen. Auto- und Gruppenführer sorgen für rechtzeitige Benachrichtigung. Starke Beteiligung wird erwartet. Die Bezirksführer

— **Bezirk 2** (Nord) Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Abrechnung aller Marken und Zeitungsgelder durch die Gruppenführer mit den Bezirkskassierer und den Zugführern.

— **Bezirk 3** (Ost) Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant", Goethestr. 26: Bezirksversammlung. Das Erscheinen aller Kameraden ist erwünscht. Der Bezirksführer.

Ortsgruppe Delitzsch. Dienstag, 8 Uhr, im Ring: Mitgliederversammlung. Vortrag: Schule und Reichsverfassung. Pünktlich 7 Uhr: Sitzung des Vorstandes und der Bezirksführer.

Perfekte Plätterin
per sofort gesucht. 3370
Weidenplan 28.

Krieg dem Kriege!
Von Ernst Friedrich
Preis 5 Mark
Volksblatt-Buchhandlung

Stadt-Theater.
Heute, Montag, abends 7½ Uhr: **Mutterlegende** Ende 10 Uhr
Dienstag, 7½ Uhr: **Kreidekreis** Ende 10 Uhr
Mittwoch, 7½ Uhr: **Tiefland** Ende nach 10 Uhr

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim
der Hallisch. Arbeiter

Koffer
billig 2962
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus

Frauen
zur Feldarbeit sucht
Beilstrasse 103

Kleine Anzeigen
wie
Käufe
Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heiratsgesuche
Tauschgesuche
Geldgesuche
haben im
„Volksblatt"
Großen Erfolg!

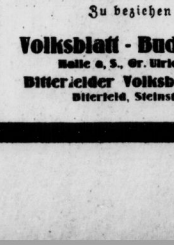
Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Hätten Sie gewußt,
daß das ärztlich glänzend begutachtete 3176
Eigenu-Hämorrhoidalmittel
Ihnen hilft, so wären Sie längst von Schmerzen befreit. Tube zu Mk. 9,80 erhältlich in den Apotheken, sicher in allen:
Adler-Apotheke
Kronen-Apotheke
Mohren-Apotheke

Arbeiter-Sängerchor Halle a. d. S.
Mitgl. des D.A.S.B. | Ltg. Herbert Schulze

FRÜHJAHRS-KONZERT
am 13. Mai 1925, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark".
Mitwirkende:
Schachtebeck-Streichquartett/Leipzig
Werke von Kaun, Weber, Curti u. a.
Streichquartett in Es-Dur von Schubert, F-Dur von Dvorak.
*
Karten im Vorverkauf Mk. 1,— sind noch bei den Mitgliedern und in den durch Plakate kenntlichen Geschäften zu haben. An der Abendkasse 1,20 Mk.

Ortsausschuß f. Jugendpflege
Kleinwittenberg-Piesteritz
Dienstag, den 12. Mai, abends 7½ Uhr, im Konsumsaal (Piesteritz):
Vortrags-Abend
mit dem Thema: 3340
„Arbeiter, du trinkst?!"
Ref.: Dr. med. Duncker (Berlin)
Vors. des „Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes"
Eintritt 20 Pfennig Gäste herzlich willkommen



Lachen Links
Das aktuelle republikanische Witzblatt erscheint jetzt in neuem Gewand und kostet trotz der besseren Ausstattung statt bisher 25, nur noch 20 Pfg. pro Nummer.
Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Bitterfelder Volksbuchhandlung
Bitterfeld, Steinstraße 3-4

Volkspark
Burgstr. 27 Haltestelle Linie 8
Morgen, Dienstag, abend ½8 Uhr:
1. Abonnements-Konzert
einer 35 Mann starken Kapelle unter Leitung des bekannten Musikdir. Schütze (Leipzig).
Abonnement 6 Mk.
Familienangehörige 5 Mk. 3365

Pfälzer Schießgraben
Täglich (außer Montag u. Sonnabend):
Abend-Konzerte
3378 Mittwoch und Sonntag:
Nachmittags-Konzerte
ausgeführt vom Görlach-Orchester.

Arbeitsamt Eisleben.
Petristraße 9. Fernsprecher 131.
Es werden gesucht:
Gewerbl. Abteilung: 1 kräftiger Laufburiche 16—18 Jahre alt. — Landwirtschaftliche Abteilung: verh. Schlosser für Motorpflug. — Weibliche Abteilung: Aufwartungen, Dienstmädchen, Frau (ältere) zum Lumpen sortieren, Haus- und Stallmädchen für Land, Küchenmädchen für Güter, Köchin für Hotel im Harz, Wirtschafterinnen. 3366

Wir wollen Ihnen beweisen, dass Seefische auch bei der Wärme in erstklassiger Qualität zu haben sind. Deshalb
Dienstag
Billiger Seefischtag!
Nordsee
3374
Aus frisch eingetroffen. Kühlwaggon:
Seelachs ohne Kopf . . . . . ℳ 19 ₰
Kabeljau ohne Kopf . . . . . ℳ 22 ₰
Karbonaden bratfertig ℳ 35 ₰
Bratschellfisch ℳ 20 ₰ Bratscholle ℳ 30 ₰
Ferner:
f. geräucherten Schellfisch ℳ nur 80 ₰
Preiswerte Salzheringe
Kleine fette Schotten Stück nur 6 ₰
mittlere 9 ₰, große Stück nur 12 ₰

Achtung Gastwirte!
Elektrisch. Orchestrion
passend für Saal oder Gaststube, zu günstig. Zahlungsbedingungen zu verkaufen 3268
Otto Hopke, Eisenberg i. Thür.

Ohne wirkungsvolle Reklame
ist heute ein Geschäftsmann nicht in der Lage, sein Unternehmen auf eine leistungsfähige Höhe zu bringen. Er sollte daher nicht versäumen, sich dieses Mittels zu bedienen. Dies geschieht am vorteilhaftesten durch ein gut ausgeführtes
Inserat im „Volksblatt"
das in weiten Kreisen der Bevölkerung des Bezirks Halle-Merseburg verbreitet ist und überall sehr gern gelesen wird.
◆
Eins ist sicher: ohne zeitgemässe Reklame
keinen geschäftlichen Erfolg!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Mai 1925.

Parteinachrichten.

Ortsverein Halle der SPD.

Heute, Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr:

Sitzung des Ortsvorstandes

mit den Bezirksführern und -kassierern im Gewerkschaftshaus. Alle Bezirke müssen vertreten sein. **Der Vorstand.**

* **Frauengruppe.** Am Mittwoch, dem 13. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein Vortragsabend statt. Genosse Wielepp wird sprechen über das Thema: „Die rechtliche Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft". Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen wird erwartet.

* **Kindergruppe der Arbeiterwohlfahrt.** Die verlegte Frauenversammlung nötigt, den in das Götichetal geplanten Ausflug schon morgen, Dienstag, vorzunehmen. Abmarsch von den bekannten Sammelplätzen 1 Uhr. Treffpunkt spätestens 2 Uhr am „Reichsadler", Trotha.

Heil! Heil! Heil!

Heute nachmittag zieht Hindenburg als erster Bürger der deutschen Republik ins republikanische Berlin ein. Damit ist erwiesen, daß die gegebene und gottgewollte Staatsform für das deutsche Volk die erbliche, monarchisch belastete Republik ist. . .

Herr Republikaner — ich bin jetzt noch höflich —, Sie haben Ihre republikanische Weltanschauung zu revidieren; denn die Revision Ihrer mephistophelischen republikanischen Weltanschauung ist nämlich wichtiger als die Revision des Vertrages von Versailles. . . .

. . . Was wollen Sie? Die Wohnungsnot wird jetzt mit einem Schlag behoben werden. Das im Weltkrieg — unter dem 16. Dezember 1917 an Damaschke von Hindenburg — gegebene Versprechen, jedem Kämpfer zu einem Einfamilienhaus zu verhelfen, wird nunmehr erfüllt. (Massenhaft liegen die Modellierbogen hierzu in den Buchbinderläden aufgestapelt. Der Hindenburgpfennig wird Sie in den finanziellen Zustand versetzen, sich einen oder mehrere solcher Modellierbogen zu erstehen.)

Haben Sie bemerkt, daß selbst Petrus Respekt bekommen hat? . . . Denken Sie an das regnerische Wetter im ganzen Reiche vor der Wahl und am Wahltag selbst. . . . Und jetzt nach der Wahl? . . . Sofort Witterungsumschwung. . . . Aufgang der deutschen Sonne. . . . Machen Sie jetzt Miene, gute Miene zum bösen Spiel, Herr Republikaner. . . . Ihre Gesinnung in Ehren. . . . Doch behalten Sie sie für sich. . . . Die Zeit der Orden ist wieder nahe und auch für Sie wird Freude kommen. Trösten Sie sich: Ihre Zeit wird auch wiederkommen. . . . Nach dem nächsten verlorenen Krieg . . . Dann können Sie den verfahrenen Karren wieder ans dem Dreck ziehen . . .

Vorläufig jedoch kommen Sie mit zum Gebet in den Tempel der Volksgemeinschaft. . . . Das andere wird sich finden. . . .

Willy Hakenkreuz.

*

* **Beflaggung der Staatsgebäude am Tage der Vereidigung des Reichspräsidenten.** Wie der Amtliche Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern angeordnet: Aus Anlaß der am Dienstag, den 12. Mai, stattfindenden Vereidigung des neuen Reichspräsidenten flaggen an diesem Tage sämtliche staatlichen und kommunalen Dienstgebäude in den Reichs- und Landesfarben. Soweit einzelne Gemeinden oder Gemeindeverbände im Besitz von besonderen Flaggen sind, können diese neben den Reichs- und Landesflaggen gezeigt werden.

Deutscher Muttertag.

Irgend jemand ist auf den Gedanken gekommen, in Deutschland etwas nachzumachen, was sich in Amerika und Schweden bewährt haben soll. Wir meinen nicht die in den beiden Ländern seit Jahren in Geltung befindlichen Alkoholverbote, sondern die Muttertage. Tage, an denen die durch den Krieg und unsere spezifische deutsche Stahlhelmkultur verrohte Jugend dem Muttergedanken nähergebracht werden soll. In Aufrufen, die der Stahlhelm-Duesterberg und andere reaktionäre Frauenvereine von dem Kaliber des „Königin-Luise-Bundes" (der Name einer Vertreterin der „Arbeiterwohlfahrt" war unzulässigerweise daruntergesetzt worden!) erlassen hatten, war an das bekannte erste Gebot aller Christen „Ehret Vater und Mutter" erinnert und denjenigen Müttern, die, im Völkermorden ihr Teuerstes verloren hatten und die sich infolge der schwarzweißroten Raubpolitik in größter Not befinden, sollte damit geholfen werden. Nun, die im Weltkriege gemordeten Söhne hat man den armen Müttern nicht zurückgeben können, und mit der Fürsorge für die Mutter und ihr Kind hatte die ganze Veranstaltung wohl wenig zu tun. Man konnte sich vielmehr nicht des unangenehmen Gefühls erwehren, als handle es sich um eine mit neuen Mitteln betriebene parteipolitische und gewerbliche Propaganda. Den Müttern sollten Geschenke und vor allem Blumen gespendet werden. Die Fürsorge erstreckte sich also in der Hauptsache auf die Inhaber einzelner reclamebedürftiger Geschäftseinhaber. Und wenn man gesehen hat, wer darüber zu entscheiden hat, wem der Ertrag der vorher und der gestern auf Straßen und Plätzen vorgenommenen Sammlungen zufallen soll, dann wird verständlich, daß wir es ablehnen mußten, uns in den Dienst der Veranstaltung zu stellen.

Rundfunk-Vereinigung Halle.

Die Funkvereinigung Halle hatte zu gestern vormittag zu einer öffentlichen Kundgebung nach dem C.-T. am Riebeckplatz eingeladen, um vor allen Dingen zu den Störungen, die Halle in den Abendstunden vollständig vom Rundfunk abschneiden, Stellung zu nehmen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Einleitend verbreitete sich der Vorsitzende des Vereins, Herr Handel, über Zweck und Ziele der Vereinigung. Sein Wunsch ging dahin, daß es jedem Schaffenden ermöglicht werde, in den Besitz einer Radioanlage zu kommen, um an den Errungenschaften des Rundfunks auf kulturellem, wirtschaftlichem und künstlerischem Gebiete teilnehmen. Da die Vereinigungen auch bestrebt sind, die Programme der Sendestationen durch Anregungen und Vorschläge mit aufzubauen, muß die Arbeiterschaft versuchen, hier Einfluß zu gewinnen. Herr Jaeger von der Mitteldeutschen Rundfunk-A.-G. in Leipzig stellte die Reichhaltigkeit des Gebotenen dem Opfer von 2 Mk. monatlich gegenüber, das jeder Teilnehmer an die Post zu zahlen hat. Herr Studienrat Dr. Maennel behandelte dann die Störungen des Rundfunks in Halle. Nach vielen Versuchen und Experimenten ist man endlich dem Uebeltäter auf die Spur gekommen. Es steht einwandfrei fest, daß durch die Stromabnehmer der Straßenbahnwagen, und zwar nur bei eingeschaltetem Licht, elektrische Wellen erzeugt werden, die sich in den Rundfunkanlagen sehr unangenehm bemerkbar machen. Der Umbau der Stromabnehmer kostet natürlich viel Geld, und die Interessenten wurden aufgefordert, in Gemeinschaft mit den beteiligten Behörden Opfer zu bringen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heute versammelten Teilnehmer am Rundfunk mußten zu ihrem Bedauern erneut feststellen, daß durch die örtlichen, durch die hallische Straßenbahn hervorgerufenen Störungen es allen Rundfunkteilnehmern praktisch unmöglich gemacht wird, die Darbietungen des deutschen Rundfunks zu genießen. Im Namen aller Rundfunkfreunde und -interessenten wenden sich daher die heute versammelten Rundfunkteilnehmer an alle Behörden, öffentlichen Vereine und Bürger unserer Stadt mit der dringenden Bitte, durch rasche und zielbewußte Maßnahmen möglichst schnell dem Uebelstand abzuhelfen bzw. dahingehende Schritte zu unterstützen. Die Ursachen der Störungen sind einwandfrei erkannt und nachgewiesen. Die Möglichkeit, sie restlos zu beseitigen, ist ebenfalls erwiesen und versuchsweise erprobt. Bei der Wichtigkeit und der überragenden Bedeutung des Rundfunks auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet liegt es im eigensten Interesse aller Rundfunkfreunde und Behörden, derartig auftretende Störungen durch gemeinsames Zusammenwirken zu beseitigen. Der Rundfunk schützt im Dienst der Polizei jeden Bürger, der Rundfunk nützt durch seine Wirtschaftsberichte dem Kaufmann und den Industriellen, der Rundfunk erleichtert im Verwaltungsdienst den Behörden die Erfüllung ihrer Pflicht, aber nur, wenn die Aufnahme der Rundfunknachrichten gut und klar und durch keinerlei Störungen beeinträchtigt möglich ist. Aus diesem Grunde richtet die Versammlung nochmals an alle Behörden unserer Stadt den dringenden Appell, alles daranzusetzen, um durch ein gemeinsames Vorgehen die Störungen zu beseitigen." Der Film „Im unsichtbaren Wellenmeer", erläutert durch Herrn Ingenieur Martin (Berlin), weihte in die Geheimnisse der Radioanlagen ein und zeigte, wie in den Sendestationen gearbeitet wird.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot.

Neue preußische Ausführungsbestimmungen.

Aus dem preußischen Wohlfahrtsministerium wird dem Amtlichen Preußischen Pressedienst geschrieben: Der Minister für Volkswohlfahrt hat unterm 25. April 1925 neue Ausführungsbestimmungen zur Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. November 1919 erlassen, die die bisherigen vom 22. Januar 1920 ersetzen bzw. ergänzen. Sie sehen bestimmte kurze Fristen vor, innerhalb deren das Bauland-Enteignungsverfahren beendet sein muß, sodann trennen sie die Preisermittlung von dem Ausspruch der Enteignung, indem sie das Verfahren, betreffend die Preisermittlung vorerst bis zu Ende durchführen lassen, und endlich wird durch eine teilweise anderweite Auswahl der Mitglieder der Berufungsbehörde, als der endgültigen Preisbemessungsstelle, eine möglichst angemessene und gleichartige Freistellung so viel wie möglich gewährleistet. Daneben wird die Anwendung der Besitzeinweisung, die angesichts der allgemeinen Beschleunigung des Verfahrens eine geringere Bedeutung als bisher haben dürfte, stark eingeschränkt.

Es darf angenommen werden, daß die neuen Vorschriften eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Zustandes bedeuten und daß dadurch berechtigte Beschwerden künftig vermieden werden.

*

* **Inangriffnahme neuer Wohnungsbauten.** In der vergangenen Woche hat der Bauverein für Kleinwohnungen e. G. m. b. H. in Halle mit seiner diesjährigen Bautätigkeit begonnen. Der erste Spatenstich ist für folgende neue Wohnungsbauten getan worden: 30 Wohnungen Ecke Johannisplatz und Behschlagstraße, 30 Wohnungen Gustav-Hertzberg-Straße, und 53 Wohnungen Wörmlitzer Straße auf dem Gelände des Schrebervereins Südwest. Insgesamt sind demnach 113 Wohnungen allein von dieser Organisation in Angriff genommen. Weitere Bauvorhaben im Norden der Stadt sind in Vorbereitung.

Früchte deutschnationaler „Erziehung".

Die Hineinzerrung der Schuljugend in die politischen Kämpfe der Erwachsenen hat uns Zustände gebracht, die unter der Monarchie unmöglich gewesen wären. Wir haben das den Schwarz-Weiß-Roten zu danken, die planvoll und zielbewußt durch Verhetzung der unreifen Jungen und Mädel höherer Schulen ihre republikfeindlichen Parteizwecke zu fördern sich bemühen. Was wäre in den Zeiten der Monarchie solchen Schülern und Schülerinnen geschehen, wenn sie über die Farben des deutschen Kaiserreiches öffentlich zu höhnen sich erdreistet hätten? Mit Schimpf und Schande hätte man sie von der Schule gejagt, und keine höhere Schule im ganzen Deutschen Reich hätte sie noch aufnehmen dürfen. Heute aber, wo wir seit nun bald sieben Jahren die Republik haben, glaubt man Duldsamkeit predigen zu müssen, wenn eine gewissenlos verhetzte Schuljugend die höhnenden Reden Erwachsener über das Schwarz-Rot-Gold der Republik nachschwatzt.

Daß diese Zustände nicht nur auf unseren höheren Schulen herrschen, sondern sogar schon in den Mittelschulen einzureißen beginnen, dafür sollen heute nur zwei Vorkommnisse den Beweis erbringen. Als kürzlich zwei solche in der neuen bunten Mützenpracht einherstelzende Bengels einen etwa 40 Jahre alten Reichsbannerkameraden mit seinem Abzeichen erblickten, riefen sie mehrmals „Schwarz-Rot-Mostrich". Einer sofortigen Belehrung entzogen sie sich durch die Flucht. Am Dienstag, dem 5. Mai, nahm ein anderes Reichsbannermitglied bei einer Mittelschulklasse, die sich unter Leitung des Lehrers anschickte, mit dem Zuge in Richtung Halberstadt zu fahren, schwarzweißrote Abzeichen und Hakenkreuze wahr. Da ein Ausflug, den eine Klasse an einem Wochentag morgens vor 8 Uhr macht, selbstverständlich keine Privatangelegenheit, sondern ein Teil des Schulunterrichts ist, und die Jungens in diesem Augenblick unter der Schuldisziplin standen, richtete unser Genosse an den Lehrer die Frage, ob es ihm nicht bekannt sei, daß es den Schülern verboten ist, mit solchen Abzeichen zum Unterricht zu kommen. Der Klassenlehrer bejahte das ohne weiteres. Aus seinen weiteren Aeußerungen war jedoch zu ersehen, daß er das Verbot zwar kenne, aber gar nicht daran denke, es zu beachten. Er pries vielmehr die „ruhmreiche Vergangenheit" der alten Reichsfarben und hatte auch gegen das Hakenkreuz nichts einzuwenden. Als unser Genosse seinen Namen erbitten wollte, ließ ihn der schwarzweißrotbegeisterte Volkserzieher mit einigen verächtlichen Gesten einfach stehen.

Wir unterbreiten auch dieses Vorkommnis der Oeffentlichkeit, weil wir gerne wissen möchten, was unsere städtische Schulverwaltung zu tun gedenkt, um diesen verderblichen Hakenkreuzgeist aus den Schulen zu bannen.

* **Das Ehrenamt des Volkszählers.** Anläßlich der bevorstehenden Volks-, Berufs- und Betriebszählung macht die Preußische Regierung darauf aufmerksam, daß alle stimmberechtigten in Preußen wohnenden reichsdeutschen Männer und Frauen verpflichtet sind, das Ehrenamt eines Zählers zu übernehmen. Nur Krankheit oder Gebrechen, Abwesenheit von Wohnorten, ein Alter über 60 Jahre, die Berufstätigkeit als Arzt oder Apotheker, in gewissen Fällen auch das Amt eines unmittelbaren Reichs- oder Staatsbeamten und bei Frauen die Erziehung von mehr als 2 Kindern entbinden von dieser Pflicht. In Weigerungsfalle können Geldstrafen bis zu 200 Mark verhängt werden.

* **Beginn der Sommerkonzerte im „Volkspark".** Morgen, Dienstag, abend pünktlich ⅞ Uhr findet bei schönem Wetter das erste Abonnementskonzert im Garten, bei ungünstiger Witterung im großen Saale statt. Abonnements werden an der Abendkasse noch entgegengenommen.

* **Sommerkonzerte im Pfälzer Schießgraben.** Wie alljährlich beginnen jetzt wieder täglich, außer Montag und Sonnabend, die Abendkonzerte. Mittwochs und Sonntags: Nachmittagskonzerte, ausgeführt vom Görlach-Orchester.

Die soziale Struktur des Bodens in deutschen Städten.

Ueber den derzeitigen Stand der Verteilung des städtischen Bodens zu Wohnzwecken, für Wege, Parkanlagen, an Wasserflächen und sonstiger Verwendung unterrichtet uns eine interessante Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt Altona. Diese statistische Aufteilung behandelt die deutschen Großstädte und einige Mittelstädte und gibt uns ein lehrreiches Stück Soziologie des städtischen Bodens.

Nach dieser Statistik haben, bezogen auf die Gesamtfläche, die geringste Bevölkerungsdichte Lübeck und Sterkrade mit je 12, die höchste Breslau mit 115 Einwohnern auf einem Hektar Boden. Dem Minimum stehen nahe Freiburg und Gera mit je 14, M.-Gladbach mit 15 und Buer, Mülheim (Ruhr) und Münster mit 16 Einwohnern. Dem Maximum nähern sich Altona mit 85 und Hamburg mit 80 Einwohnern. Die Zahl für Halle ist 47 Einwohner.

Ein anderes und deutlicheres Bild erhalten wir von der Bevölkerungsdichte, wenn die Einwohnerzahl errechnet wird, die auf ein Hektar der mit Häusern bebauten Fläche, einschließlich der Hofräume und Hausgärten, entfällt. Auch dann ist Breslau mit 376 Einwohnern pro Hektar am dichtesten von allen untersuchten Städten bevölkert, und dann schließen sich an bezüglich der Dichtigkeit: Hamburg (356 Bewohner je Hektar), Ludwigshafen (347), Berlin (320), Nürnberg (289), Leipzig (288), Altona (278) und Stettin (271). Am wenigsten dicht wohnt auf der bebauten Stadtfläche zusammen die Bevölkerung in Bremen mit 64 Einwohnern je Hektar. Hinter Bremen folgen Sterkrade mit 91 und Mülheim (Ruhr) mit 102 Bewohnern. In Halle wohnen auf einem Hektar 226 Bewohner.

Einen ebenso traurigen Einblick, wie ihn uns dieser Teil der Statistik in das städtische Wohnungselend bietet, geben uns auch die Zahlen für die öffentlichen Park- und Gartenanlagen. In Aachen und Sterkrade stellen die Grünanlagen allerdings rund ein Fünftel des Weichbildes der Stadt dar. Rund ein Zehntel des Weichbildes sind Grünanlagen in Barmen und Hannover. Im übrigen sind die Hektarzahlen für Grünanlagen verschwindend gering. So sind in Kassel von 3900 Hektar Gesamtfläche nur 183 Hektar Grünanlagen, in Dresden von 11 000 Hektar nur 358 Hektar und in Halle von 4175 Hektar nur 58 Hektar!

Die Hektarzahlen für Wege, Straßen und Eisenbahnen entsprechen nicht immer in gleicher Weise der Bevölkerungszahl und hängen zusammen mit der sozialen Struktur der Bevölkerung. So kommen Dresden (1645 Hektar Verkehrsfläche), Hannover (1476 Hektar) und Leipzig (1500 Hektar) trotz wesentlich niederer Einwohnerzahl an die Wegeverkehrsfläche von Hamburg (1665 Hektar) heran. An Wasserflächenbesitz ragt Hamburg dafür aus allen deutschen Städten heraus, wodurch der seemännische Charakter der hamburgischen Bevölkerung in die Erscheinung tritt. Rund ein Sechstel der Gesamtfläche Hamburgs ist Wasserfläche. In weitem Abstande folgen dann Augsburg, Berlin, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Mannheim und Stettin, die immer noch ein Fünfzehntel bis ein Siebzehntel ihrer Gesamtfläche als Wasserfläche haben und damit mehr als die anderen untersuchten Städte.

Die Wachstumsmöglichkeit der Städte auf dem vorhandenen Boden kommt in dem Verhältnis des ganzen Weichbildes der Stadt zu der nicht zu Wohnzwecken, für den Verkehr und dergleichen benutzten übrigen Stadtfläche, die meist der neue unbebaute Boden ist, zum Ausdruck. Dieses Verhältnis ist am auffälligsten in Lübeck, wo auf 9800 Hektar Gesamtfläche 7800 Hektar dieser übrigen Fläche kommen, d. h. auf einen Einwohner kommen 637 Quadratmeter dieser übrigen Fläche. Gera mit 528 Quadratmeter und M.-Gladbach mit 557 Quadratmeter kommen an Lübeck nahe heran. Am geringsten ist diese Freifläche in Altona (46 Quadratmeter), Breslau (33 Quadratmeter), Hamburg (50 Quadratmeter), Königsberg (84 Quadratmeter) und Leipzig (83 Quadratmeter). 138 Quadratmeter dieser Fläche kommen in Halle auf einen Einwohner.

Es gilt nun, für diesen unbebauten Boden aus der sozialen Eigenstruktur des alten Bodens zu lernen. Die Bevölkerungsdichte, die die Altonaer Statistik wieder so deutlich zum traurigen Ausdruck bringt, darf auf dem neuen Boden nicht mehr möglich sein. Die Grünanlagen müssen einen anderen Raum einnehmen als auf dem alten Boden. In 20 Jahren stieg in 46 englischen Städten, einschl. London, die Zahl der Menschen um 33 Prozent, die Größe der Freiflächen aber um 61 Prozent. In solchem Verhältnis soll der neue Boden sich auch bei uns bevölkern. Der alte Boden bedeutet die alte Zeit mit ihrem fehlenden sozialen Verständnis. Daß der neue Boden die Verwirklichung einer neuen Zeit bedeutet, hängt wesentlich von der politischen Erkenntnis der auf dem alten Boden zusammengepferchten Bevölkerung ab.

* **Falsche Rentenbankscheine.** Seit einiger Zeit werden hier falsche Rentenbankscheine zu 50 Rentenmark in den Verkehr gebracht, die den echten Scheinen im Untergrundmuster und auch im Wasserzeichen ähnlich sind, aber doch an dem unsauberen und manchmal verschwommenen Druck, der mangelhaften Numerierung und an den zu scharfen Konturen des Wasserzeichens sowie an der abweichenden Beschaffenheit der Fasern unschwer zu erkennen sind. — Auch falsche 5-Rentenmark-Scheine sind in letzter Zeit wiederholt angehalten worden. Sie sind ebenfalls leicht bei einiger Aufmerksamkeit als Fälschungen zu erkennen. Der Stoffauflauf auf dem rechten Teil der Vorderseite der echten Scheine ist bei den Fälschungen durch Uebertünchen mit gelber Farbe nachgeahmt, die Fasern sind nur durch rote Tintenstriche angedeutet. Das Untergrundmuster ist bei echten Stücken nur roh nachgebildet, die Randeinfassung ist ganz nachlässig wiedergegeben. Die Beschriftung ist namentlich in den kleinen Schriftgraden äußerst mangelhaft. Das Druckbild der Rückseite ist unsauber und verschwommen. Das Publikum wird vor der Annahme der Falschstücke gewarnt und gebeten, von dem Vorkommen der Scheine sofort die nächste Polizeidienststelle zu benachrichtigen und die Verbreiter festnehmen zu lassen. Für sachdienliche Unterstützung bei der Ermittlung der Fälscher hat die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 2000 Reichsmark ausgesetzt.

* **Beim Fliederpflücken verunglückt.** Gestern am späten Nachmittag stürzte ein junger Mann beim Abpflücken von Flieder in der Nähe des Borkenhäuschens an den Cröllwitzer Höhen ab, wobei er sich schwere Verletzungen zuzog. Spaziergänger leisteten ihm die erste Hilfe, alsdann wurde der Verunglückte mit dem Krankenwagen dem Diakonissenhaus zugeführt.

* **Radunfälle.** Am Sonnabend fuhr in der Leipziger Straße ein Radfahrer gegen einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Der Radfahrer erlitt am Kopfe erhebliche Verletzungen. Er wurde in besinnungslosem Zustande mit dem städtischen Krankenwagen der Klinik zugeführt. — Abends gegen 7½ Uhr wurde auf dem Domplatz ein 7jähriges Mädchen von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen, wobei es leichte Verletzungen am Kopf und an den Armen davontrug.

* **Die ohne Wohnung sind.** Der Polizeibericht meldet: Bei einer in der Nacht zum 11. Mai stattgefundenen Razzia wurden in den Strohdiemen beim Gut Gimritz acht Personen, darunter eine Frau und ein Kind, nächtigend angetroffen. Sie wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Raundorf. Wenn Pfarrerstöchter schießen. Als die Postbeamtin Fräulein Müller, die Tochter des Pfarrers Müller, und Herr Hubenhäuser nach der Scheibe schossen, versagte ein Schuß. Bei der Besichtigung des Revolvers ging der Schuß los und traf so unglücklich, daß er bald darauf starb. Aus Verzweiflung darüber richtete Frl. M. die Waffe gegen sich selbst. Welchen Zweck verfolgte die Pfarrerstochter mit ihren Schießübungen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Einheitsfrontler in der Praxis.

Aus Bitterfeld schreibt man uns:

Ein alter sozialistischer Lehrsatz lautet: „Wissen ist Macht, Bildung macht frei!" Nach diesem Grundsatz wird allgemein innerhalb unserer Partei gearbeitet. Auch unser „Volksblatt" handelt in diesem Sinne. Anders dagegen ist es bei der „einzigen Arbeiterpartei" und deren Organ, dem „Klassenkampf". Letzterer scheint sich immer mehr zu einem Organ für Denkfaule zu entwickeln. Trotz Niederlage von Schlacht zu Schlacht lassen nach seinen Berichten täglich Massen von Sozialdemokraten zur KPD. über, so daß man glauben sollte, es gebe bald gar keine Sozis mehr. Wie in allen früheren kommunistischen Hochburgen, so kann man aber auch hier in Bitterfeld sehen, daß von einer Organisation der KPD. überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Diejenigen, die sich noch etwas Denken bewahrt haben und über Charakter verfügen, haben dieser Partei längst den Rücken gewendet. So wie der frühere Kommunist Böse in Anhalt die obere Leitung gekennzeichnet hat, werden wir zu gegebener Zeit uns einmal mit den hiesigen Taglichtern beschäftigen.

Heute soll es unsere Aufgabe sein, zwei Lügen des Herrn Berichterstatters des „Klassenkampf", der eine besondere Rolle spielt, zu beleuchten. In der Ausgabe des „Klassenkampf" vom 2. Mai, Nr. 88, erschien unter Bitterfeld ein Artikel „Hindenburg-Rummel". Nach diesem Bericht ist als Gegendemonstration des Reichsblocks die rote Front hier aufmarschiert, und die Kommunisten haben dadurch bewiesen, daß sie alleinstehen im Kampf gegen die Monarchie. Was ist nun Wahrheit? Alles Gerede hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß die KPD. bei dem Sieg eines Monarchisten treu geholfen hat und ihre Anhänger zu Stiefelleckern der Monarchisten verwendete. Viele Ueberradikale sind bereits im Stahlhelm und in sonstigen Organisationen. Die hiesigen roten Frontkämpfer haben ebenfalls bereits Proben davon abgegeben, daß sie reif sind, mit den Rechtsorganisationen ein Kartellverhältnis einzugehen. Aus diesem Drang hat sich anläßlich des Hindenburg-Rummels das Häuflein der Unentwegten — 60 Männlein und Weiblein — veranlaßt gefühlt, sich an dem Rummel zu beteiligen. Wenn man auch vorsichtshalber noch einige Hochrufe auf Moskau ausbrachte, so waren die Arrangeure fest überzeugt, daß man nicht einmal in der Lage ist, mit dem Rufen das Dröhnen der Pauke zu übertönen.

In der Ausgabe vom 5. Mai, Nr. 91, erschien aus derselben Feder ein Artikel: „1. Mai in Bitterfeld und Niemegk". Nach diesem Bericht schlichen die Arbeiter am 1. Mai gebückt und scheu in Bitterfeld umher. Schuld daran trug wieder einmal der „Verrat der SPD.". Plötzlich aber kam „sie" herangezogen, nämlich die rote Front, vor der ausgerechnet Herr Kilian redete. Abends fand dann eine Feier der Bitterfelder Kommunisten in Niemegk statt. Auch dort zuerst gedrückte Stimmung. Später brachte der RFB. etwas Leben in die Bude. Wie durch einen Zauberspruch erschien dann später noch der Gesangverein „Vorwärts" (von dem böse Zungen behaupten, daß es auch bei ihm immer mehr rückwärts gehe. D. V.). Nun war man in der Lage, ein Programm zusammenzustellen. So zu lesen im „Klassenkampf".

Was ist nun hier Wahrheit? Auf Anregung des Gewerkschaftskartells hatten KPD. und SPD. darauf verzichtet, eine eigene Veranstaltung zu machen. Das Gewerkschaftskartell (der Aufruf wurde vom „Klassenkampf" nicht gebracht) hatte zu morgens einen Spaziergang und für den Abend eine Veranstaltung im „Bürgergarten" unter Mitwirkung des bereits genannten Gesangvereins „Vorwärts", des Arbeiter-Sängerchors Bitterfeld, der Stadtkapelle und der Turner arrangiert. Der Ausflug morgens zeigte drastisch, wieviel es infolge der Unternehmerwillkür gewagt hatten, den 1. Mai zu feiern. Die Kommunisten — getreu ihrem Wahlspruch: „Ein Mann, ein Wort" — verteilten Handzettel, die die Aufforderung enthielten, nachmittags an einer kommunistischen Demonstration teilzunehmen. Mit denen also, die aus Angst vor dem Unternehmer nicht gewagt hatten, den 1. Mai zu feiern, wollte man erneut die Weltrevolution herbeiführen. Aber auch hier, wie gewöhnlich, ein kläglicher Reinfall. Da einige noch nicht von der Arbeit zurück waren, folgten wiederum 60 Männlein und Weiblein der Fahne der Unentwegten. Wer sich einiges Denken bewahrt hat und die Rede des Herrn Kilian hörte, konnte mit Leichtigkeit feststellen, von wem Verrat an der Arbeiterklasse verübt wird, nämlich von Herrn Kilian und Konsorten. Auch abends wurde von der KPD. die Veranstaltung des Gewerkschaftskartells sabotiert. Der Gesangverein „Vorwärts" ließ durch seinen Vorsitzenden die Erklärung abgeben, daß man nicht singen könne. Für Niemegk gestaltete dann später der Gesang. Man wollte sich wahrscheinlich nicht blamieren, da man weiß, daß der Sängerchor bedeutend bessere Leistungsfähigkeit aufweist. Dem Gewerkschaftskartell konnte man mit alledem keinen Streich spielen; seine Veranstaltung war derart, daß sie allen Besuchern in freudiger Erinnerung bleiben wird.

„Klassenkampf" mit allem Drum und Dran, fahrt weiter so fort; tragt unseren Sarg umher! Die SPD. wird weiter wachsen, denn die Wahl Hindenburgs hat bereits eine Reihe Abseitsstehender unseren Reihen zugeführt. Saboteur als treue Stiefelputzer der Reaktion die Arbeiten des Gewerkschaftskartells, es wird euch nicht mehr gelingen, die Gewerkschaften zu spalten. Immer mehr drängt sich auch hier der Gedanke durch, daß nur die Organisierung der Arbeiter zum Siege führen kann und nicht das blöde Geschrei der Kommunisten.

Mit der Sabotage des Kartells durch die Kommunisten wird sich ersteres noch beschäftigen. Bewiesen hat man erneut, wieweit es mit dem Willen der Einheitsfront bestellt ist und wie der Ruf: „Hinein in die Gewerkschaften" zu deuten ist.

Eine „Heldentat" des Stahlhelm.

Uns wird geschrieben:

Am 5. Mai wurde in Klein-Wölkau bei Eilenburg eine Nachrichtenabteilung der Reichswehr einquartiert. Anscheinend zu ihren Ehren veranstaltete die Stahlhelmortsgruppe eine Art „vaterländischen" Abend. Die Festrede, die in das Deutschlandlied ausklang, welches stehend gesungen wurde, hielt begreiflicherweise ein Angehöriger der Reichswehr. Ein in der Gastwirtschaft ebenfalls anwesender Geschäftsmann aus Gräfenhainichen stand jedoch bei dem Gesang nicht auf, da er ja mit den Herren Stahlhelmern keine Gemeinschaft hatte. Er hatte jedoch nicht mit gewissen Klein-Wölkauer Heißspornen gerechnet. Nach Schluß des Liedes stürzten sich sofort etwa 15 Stahlhelmer auf ihn los und stellten ihn zur Rede. Eine ruhige Erklärung des Gräfenhainichers wurde damit beantwortet, daß er sofort einen Schlag ins Gesicht erhielt, der das Signal dazu war, daß die ganze Schar wie eine Meute Hunde auf ihn stürzte. Heldenhaft zerrte man ihn auf die Straße und richtete ihn dort so zu, daß er mit ruinierten Augen auf der schlammigen Erde fast bewußtlos liegen blieb. Natürlich fehlte es nicht an Schimpfworten wie „Roter Hund" usw. Nachdem die Helden ihren Großkampf beendet hatten, verzogen sich sie wieder in ihr Lokal. Nach einiger Zeit kehrte auch der Ueberfallene, der sich inzwischen etwas erholt hatte, in die Gastwirtschaft zurück, um seine Sachen zu holen. Hier wollten die Sieger (!) sofort wieder über ihn herfallen. Ein Stahlhelmführer, natürlich ein Beamter der Republik, wußte aber einen besseren Ausweg; er verhinderte eine neue Prügelei, nötigte aber den Gräfenhainicher (dieser konnte sich ja gegen die Uebermacht nicht wehren), daß er eine Treppe ersteigen mußte, worauf er ihn in ein Zimmer einschloß. Erst am 6. Mai, nachmittags um 2 Uhr, wurde er vom Wirt, anscheinend auch einem Anhänger des Stahlhelms, aus seinem Gefängnis herausgelassen!

Auf gut Deutsch war das Vorgefallene Freiheitsberaubung. Als der Geschäftsmann das gastliche Dorf dann verließ, riefen ihm nochmals viele alkoholbenebelte Geister den Ehrentitel „Roter Hund" nach. Der Ueberfall wird natürlich für die braven Stahlhelmer Klein-Wölkaus ein gerichtliches Nachspiel haben. — Im übrigen erlauben wir uns an die Nachrichtenabteilung der Reichswehr die Frage, ob sie denn gar nichts von der Schlägerei gemerkt hat? Würde sie sich auch so neutral verhalten haben, wenn der Ueberfallene kein „roter Hund" gewesen wäre?

Bitterfeld. Arbeitsmarkt. Die dem Arbeitsamt erwachsenen Schwierigkeiten in der Beschaffung von geeigneten Arbeitskräften bestehen fort. In die Chemische Industrie wurden zirka 80 ungelernte Arbeiter vermittelt, Arbeiterinnen wurden 32 zugewiesen. Die Einstellung von Auswärtigen ist wegen Wohnungsmangel ausgeschlossen. Im Bergbau wurden zirka 120 Arbeiter von auswärts herangeholt. Auch hier ergaben sich Schwierigkeiten in der Unterbringung. Im Metallgewerbe und auch in den übrigen Industrien liegt der Arbeitsmarkt jetzt günstiger. Der Arbeitsmarkt für Angestellte hat sich aber leider noch nicht gebessert. Unterstützungsberechtigte Erwerbslose sind noch vorhanden 47 männliche und 6 weibliche in der Stadt Bitterfeld, 71 männliche und 12 weibliche im Kreis Bitterfeld, insgesamt also 136 Unterstützungsberechtigte mit 298 Angehörigen. Die Zahl der Arbeitsuchenden (darunter eine Angabl den Werken Zugewiesener betrug am Schlusse der Berichtswoche 185 männliche und 206 weibliche.

Holzweißig. Eine öffentliche Gemeindevertretersitzung findet Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal Fritzsch statt. In Anbetracht der Tagesordnung ist es erwünscht, daß sich die Wähler über die Beschlüsse informieren und der Versammlung als Zuhörer beiwohnen.

Teltzsch. Die Mitgliederversammlung der Partei beschäftigte sich zunächst mit dem Thema: „Die Reichspräsidentenwahl und ihre Lehren". Genosse Hampe referierte einleitend dazu. Es schloß sich eine anregende, ausführliche Debatte an. Der zweite Punkt der Tagesordnung betrat Genossenschaftsfragen. Am Dienstag, dem 12. Mai, findet die Generalversammlung des Konsumvereins statt. Dabei sind Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates zu wählen. Augenblicklich sind diese Körperschaften fast vollständig von Sozialdemokraten entblößt. Es ist an der Zeit, daß da Aenderung eintritt.

Teltzsch. Die Reichsbannerversammlung wird wegen der Generalversammlung des Konsumvereins auf Donnerstag, den 14. Mai, verlegt. Es wird erwartet, daß alle Kameraden, soweit sie nicht dienstlich verhindert sind, erscheinen.

Teltzsch. Genossenschaftliches. Der Konsumverein hält am Dienstag, dem 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" seine Generalversammlung ab, in der die Ergänzungswahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat vorgenommen werden sollen. Die Verwaltung des Konsumvereins war in letzten Jahre fast ausschließlich von den Kommunisten besetzt, weil unsere Genossen sich in den Versammlungen nicht sehen ließen. Nun ist festzustellen, daß sich ein großer Teil der Genossen überhaupt nicht mehr um die Genossenschaft kümmert und viele ihre Einkäufe bei den Gegnern der Arbeiterschaft besorgt, bei denselben Spießbürgern, die gerade bei den letzten Wahlen offen die Arbeiterschaft bekämpften. Diese Einstellung ist grundfalsch. Die Konsumvereine bilden einen Teil der Arbeiterbewegung und wir müssen mit allen Mitteln versuchen, auch hier unsern Einfluß zur Geltung zu bringen. Darum müssen alle Genossen dafür Sorge tragen, daß keiner unserer Anhänger und Freunde am Dienstag in der Versammlung fehlt. Es sind sechs Verwaltungsmitglieder neu zu wählen; diese müssen wir für uns gewinnen, damit wir unsere Stärke entsprechend in unserm Sinne an dem Gedeihen der Genossenschaft arbeiten können.

Ramsin-Nennerig. Nörgeleien. Der „Klassenkampf" vom 28. April leistet sich das billige Vergnügen, unsern Genossen Stückroth auf gemeine Art und Weise zu verunglimpfen. Genosse St. genießt in der gesamten Umgegend infolge seiner zielbewußten Tätigkeit als Betriebsratsobmann allgemeines Ansehen. Um so eigenartiger mutet es an, daß Leute, die ihn fast täglich sehen, nicht offen und ehrlich sich mit ihm aussprechen, sondern den Umweg über den „Klassenkampf" wählen. Aber man weiß ja, warum seit einiger Zeit der Genosse Stückroth für manche Leute auf einmal ein „Auch-Arbeiter" geworden ist. In derselben Nummer versucht man im „Klassenkampf" auch Stimmung gegen das einzige Lokal unseres Ortes zu machen. Da sich die Wirtin des Lokals bisher stets zuvorkommend allen Vereinen gegenüber gezeigt hat, müssen wir dieses unverantwortliche Treiben auf das schärfste verurteilen, zumal da in dem vom „Klassenkampf" kritisierten Falle die Wirtin offensichtlich im Rechte war. Haben wir noch nicht genug unter der Misere zu leiden gehabt, daß ein so großer Ort wie Ramsin keinen Saal aufzuweisen hat? Will man bei Veranstaltungen, Versammlungen und dergleichen immer fremdenweit über Land gehen? Damit zieht man nur den Indifferentismus groß. Wir fordern infolgedessen die Genossen, Gewerkschaftler, Reichsbannerkameraden, überhaupt die organisierten Arbeiter auf, das Lokal Laskoffsch nach wie vor zu besuchen.

Torgau. Dr. Drews, der vormalige Landrat, wurde unter Ueberweisung an das Oberpräsidium in Koblenz zum Regierungsrat ernannt.

Falkenberg. Der Sommerfahrplan 1925 bringt verschiedene Aenderungen des Zugverkehrs in Falkenberg und den verschiedenen Großstädten. Wir empfehlen unseren Lesern den Sommerfahrplan genau durchzusehen.

Gröben. Bauernstreich. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir kürzlich über das eigenartige Gebaren einer hiesigen Landwirtsfamilie. Diese Begebenheit hatte jetzt wieder ein Nachspiel vor dem Schöffengericht Elsterwerda. Der Landwirt K., sein Sohn und seine Tochter waren angeklagt wegen Beamtenbeleidigung und außerdem der Vater wegen Gefangenenbefreiung. Sämtliche Angeklagten haben sich wiederholt gegen das Strafgesetz vergangen. Sie erkannten die früher erfolgte Separation nicht an und ließen sich auch durch kein gerichtliches Urteil dazu bringen. Kürzlich hatten sich Sohn und Tochter vor dem Gericht wieder zu verantworten. Sie erschienen aber nicht. Daher erfolgte ihre zwangsweise Vorführung durch zwei Landjäger. Hierbei haben alle drei Angeklagten die Beamten aufs gröblichste beleidigt. Außerdem versuchte der Vater, seine Kinder zu befreien. Ferner haben Vater und Sohn dem Beamten Widerstand geleistet. Vater und Tochter sind kürzlich schon wegen Widerstandes bestraft worden. Auf Grund der Beweisaufnahme erkannte das Gericht in diesem Falle gegen den Vater wegen Widerstandes in Tateinheit mit Gefangenenbefreiung auf 2 Wochen Gefängnis. Der Sohn erhielt wegen Widerstands und Beleidigung eine Zusatzstrafe zu der kürzlich erkannten Strafe, so daß auf eine Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis erkannt wurde, während die Tochter eine Gesamtstrafe von 4 Wochen Gefängnis erhielt. Alle drei haben ferner die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Pröten. Oeffentliche Versammlung. Die Niederlausitzer Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Friedensgesellschaft veranstaltet am Dienstagabend, 8 Uhr, in Lehmanns Gasthof eine öffentliche Versammlung. Der Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Gerhard Seger (Berlin), spricht über das Thema: „Hindenburg-Wahl — Sicherheitpakt — Völkerbund." Seger ist als guter Redner bekannt, die Versammlung verspricht daher einen interessanten Verlauf zu nehmen. Wir können unseren Mitgliedern den Besuch nur empfehlen.

Bockwitz. Mitgliederversammlung. Am Dienstag, dem 12. Mai, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus unsre monatliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Die Auswirkung der Wahl Hindenburgs. Zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, erforderlich.

Boigtstedt. Unter herabstürzenden Erdmassen begraben. Freitagnachmittag gerieten in der Tongrube des Luisenwerkes plötzlich größere Erdmassen ins Rutschen und begruben den 59jährigen Arbeiter Wilhelm Grimm aus Ebersleben unter sich. Der Verunglückte konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Die Unglücksstätte befindet sich über einem alten Stollen eines früheren Kohlenschachtes, der jetzt niederging.

Die Erzeugnisse der Eigenproduktion müssen der Stolz des Genossenschafters sein.

Das wandernde Licht.

Von Auguste Groner.

Copyright 1924 by Greiner und Komp., Berlin W 30.

6. (Nachdruck verboten.)

Sanft lächelnd sagte sie: „Mir geht's nicht schlimmer als sonst. Der Umzug hat mich ein wenig angegriffen. Aber komm. Ich werde dir die Antwort geben."

Sie nahm ihn an der Hand und führte ihn in das Nebenzimmer, darin früher musiziert worden war und das im hellen Schein einer rosa verhangenen Deckenlampe ungemein anheimelnd aussah.

Auf die rosengemusterten Vorhänge zeigend, die an den Fenstern und vor dem Alkoven niedervallten, sagte Toni mit ihrem lieben müden Lächeln: „Zwischen Rosen möchte ich leben, habe ich ihr gesagt, und helle Möbel möchte ich um mich haben. Und siehst du — seit gestern wohne ich so, und das habe ich der Egoistin Lena zu verdanken."

„Das war tatsächlich gütig von ihr," bemerkte der Doktor, und seine Augen wanderten durch den Raum, den eine, die vorgab, nur an sich zu denken, für eine arme Kranke ausgestattet hatte. Wie ein Herz wehtun kann, ein trotz Krankheit tapferes Herz — keiner wußte es als die, der dieses arme Herz gehörte.

Toni mußte plötzlich nach einer Stütze greifen.

Da fühlte sie sich auch schon umschlungen von den Armen des heimlich Geliebten.

„Kind, du brauchst Ruhe!" sagte er liebevoll. „Anna wird dich zu Bett bringen. Inzwischen richte ich dir deine Tropfen und sitze dann noch eine Weile bei dir. Das beruhigt dich immer. Nicht wahr, Toneri?"

„Ja, Franz, komm noch ein bisserl zu mir," antwortete sie, und ließ dann Mutter und Schwester sich um sie bemühen.

Doktor Wehmann in der einen Beziehung so ahnungslos, war in bezug auf Tonis sonstigen Zustand völlig im klaren, und Wehmut erfüllte sein Herz.

Hans Leitner sah, daß er heute doch nicht mit Anna gemütlich plaudern konnte und empfahl sich bald. Er machte seinem Lund noch einen kurzen Besuch und trat, von Fritz bis an die Gartentür begleitet, auf die Straße hinaus.

Es war ein abscheuliches Wetter. Der Wind peitschte ihm den Regen ins Gesicht, obwohl er die Kapuze des Mantels tief herabgezogen hatte.

Langsam ging er die einsame Straße hinunter.

Er mußte an die arme Toni denken. „So jung noch und schon dem Sterben geweiht."

Die Folge dieses Nachdenkens war, daß sein sonst recht scharfes Gehör versagte, er wäre wohl sonst nicht an den Mann angerannt, der gerade da, wo die Straße sich krümmte, ihm entgegenkam.

Der Mann mußte sehr eilig dahergekommen sein, denn der Zusammenstoß war ein so heftiger. Auch der, welcher die eigentliche Schuld an diesem Zusammenstoß trug, schien recht heftig zu sein, denn er rief Leitner zu: „Sie sind wohl betrunken?"

Danach ging der Mann rasch weiter.

Leitner, der noch immer in Gedanken verloren, schaute nur flüchtig auf und setzte dann seinen Weg fort. Als er an die Haltestelle der Straßenbahn kam, war ein Wagen gerade im Begriff, abzufahren.

Er sprang hinein und drückte sich ein wenig fröstelnd in die Ecke. Um wieder mußte er an Toni denken und das bittere Leid, das sie so gefaßt mit sich herumtrug, und das die Ihrigen mit ihr tragen mußten.

An einer Haltestelle schaute er auf. Ein Mann, ein Arbeiter, mit verruztem Gesicht und in defekter Kleidung war eingestiegen.

Er murrte mit grölender Stimme über das häßliche Wetter. Sonst war nichts von ihm zu hören, kein Tritt, kein Knarren der Schuhe. Aber er ließ sich sehr geräuschvoll auf seinem Platz nieder.

Leitners Blick blieb unwillkürlich auf ihm hängen.

In seinem Kopf entstand eine Ideenverbindung, die ziemlich naheliegend war. Der Arbeiter war so merkwürdig unhörbar hereingekommen. Leitners Blick fiel auf des Mannes Füße, und da wunderte er sich nicht mehr über besten lautlosen Tritt. Der Mann trug über seinen vermutlich defekten Schuhen schon ziemlich mitgenommene Gummischuhe.

Hatte jener Mann, mit dem er vorhin zusammengestoßen war, vielleicht auch Gummischuhe getragen? Nicht nur herangekommen, das fiel Hans Leitner soeben erst auf, der Mann hatte sich auch ebenso unhörbar entfernt.

Daß es kein Phantom gewesen, mit dem er da kollidiert hatte, bewies der sehr fühlbare Zusammenprall der beiden Körper, die ebenso schnell zusammengekommen waren, als sie sich auch wieder voneinander entfernten.

Und noch eines fiel Leitner auf.

Jener Mann war auch ein Arbeiter gewesen.

Wohl hatte Leitner ihn nur flüchtig gesehen, den Gesamteindruck von des Mannes Erscheinung hatte er aber dennoch erfaßt.

Nur ein Arbeiter? War der Fremde wirklich nur ein Arbeiter gewesen?

Er, der so herrisch, so von oben herab ihn angerufen hatte — sollte nur ein Arbeiter gewesen sein? Hans Leitner begann sich zu wundern.

3. Kapitel.

Bei der Geburtstagsfeier der Baronin waren außer ihrer Tochter nur Freunde zugegen, nämlich Wehmanns, welche somit dem Doktor und Leitner in liebenswürdiger Weise von der Baronin eingeladen worden waren, den Abend bei ihr zu verbringen.

Baronin Cäcilie war nichts weniger als hochmütig, das bewies die Einladung ihrer Hausgenossen und deren Anhanges. Freilich, die drei ihr schon seit langem bekannten Frauen und den Doktor hätte sie ohne weiteres bei sich empfangen können, mit den beiden Uhrmachern, Hans und Fritz, war es aber schon etwas anderes. Da mußte sie sich schon über eine gesellschaftliche Geplogenheit hinwegsetzen.

Das begriff der sehr gesund denkende Bräutigam Annas so gut, daß er dieser gegenüber seine Verwunderung über die an ihn ergangene Einladung ausdrückte.

Und sein gutes Herz tat ihm bei Annas Antwort weh.

„Ja, weißt du, die Baronin ist eigentlich eine ganz einsame Frau. Nun die lärmenden Leute, die Mann und Tochter in ihr Haus bringen, will und kann sie sich bei ihrer zarten Gesundheit nicht gewöhnen, und so zieht sie sich so viel als möglich zurück."

„Die Baronesse nimmt also im allgemeinen keine Rücksicht auf sie?" warf Leitner ein.

Anna zuckte die Achseln.

„Sie ist eine Sportsdame, noch dazu eine von denen, die das mehr betonen, als gerade notwendig ist."

„Was darauf schließen läßt, daß sie es mehr der Mode halber ist."

„Sehr richtig," pflichtete ihm Anna bei.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0006

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 11. Mai 1925.

Beschränkung der Krankenkassen.

Die verschiedensten Krankenkassen im Reiche haben in den letzten Jahren versucht, durch Selbstabgabe von Heilmitteln ihre schwere wirtschaftliche Lage zu heben. Es war den Krankenkassen möglich geworden, durch die Selbstabgabe bedeutende Mittel zu ersparen, die bisher den Apotheken zugeflossen sind. Alle äußeren Heilmittel sowie Tees und dergleichen wurden durch Engros-Apotheken und chemische Fabriken beschafft, und es wurde dadurch erreicht, daß eine Ersparnis bis zu 60 Prozent der früheren Kosten für Heilmittel gespart wurden. Dadurch kamen verschiedene Krankenkassen in die Lage, nicht ihren Mitgliedern, sondern auch deren Angehörigen durch die Familienhilfe vollständig unentgeltlich Heilmittel zukommen zu lassen. Eine ganze Reihe von Apotheken wurde nur noch in Anspruch genommen für innere Heilmittel und zusammengesetzte Medikamente. Die Frage, ob lateinisch geschriebene Rezepte die Krankheiten besser heilen, als wenn der Kranke sich selbst davon überzeugen kann, was ihm verschrieben wird, ist ja schon in der Fachpresse zur Genüge erörtert. Im vergangenen Monat erschien nun eine neue Ministerialverfügung, die eine ganze Menge von Heilmitteln, die bisher von den Krankenkassen abgegeben wurden, neuerdings dem Verbot der Abgabe unterworfen wissen will. Das bedeutet ein glattes Unterliegen des betreffenden Ministeriums nach dem Wunsche und der Forderung des Deutschen Apothekerverbandes, der natürlich hierbei nur seine Profitinteressen im Auge hat. Rechnet man noch dazu, daß durch eine weitere Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers die Krankenkassen angehalten werden, in ihren Statuten festzulegen, daß die Mitglieder bei jedem Bezug von Medikamenten für sich und ihre Angehörigen 10 Prozent des Preises selbst tragen sollen, so ergibt sich daraus eine starke Belastung für jedes einzelne Mitglied. Bezeichnend an der ganzen Verordnung ist weiter, daß die Spitzenorganisationen der Krankenkassen zu dieser Maßnahme überhaupt nicht gehört worden sind. In der Allgemeinen Ortskrankenkasse Merseburg ereignete sich demzufolge ein sehr interessanter Fall, der sich vor einigen Tagen vor dem Amtsgericht Merseburg abspielte. Der Vorsitzende wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er es geduldet habe, daß in der Ortskrankenkasse Heilmittel abgegeben wurden, die unter die Verordnung im obigen Sinne fallen, allerdings schon älteren Datums ist.

Die verschiedensten Oberlandesgerichte haben im Laufe der Zeit auch sehr verschiedene Urteile gefällt. Die Verurteilung erfolgte, weil sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, daß die Abgabe von Painexpeller, Kapsicumpflaster und Frostsalbe verboten sei. In der betreffenden Verordnung aber heißt es: „Wer . . . . (näher bezeichnete Heilmittel) an andere abgibt oder feilhält, wird bestraft". Alle Einwendungen, daß weder ein Feilhalten noch ein Abgeben im Sinne der Verordnung bestanden habe, da ja die beschafften Heilmittel ein Teil des Besitzes der Krankenkasse sind und deren Mitglieder ein Anrecht darauf haben, half nichts. Bezeichnend ist folgendes: Man kann in jeder Apotheke von einem Lehrling im ersten Lehrjahre oder aber von einer Verkäuferin diese Mittel erhalten, ohne daß der betreffende Apothekenbesitzer resp. Apotheker die Kontrolle über die Abgabe vornimmt.

In der Krankenkasse erfolgte die Abgabe unter noch besserer Kontrolle, denn jedes vom Arzt ausgestellte Rezept wird in der Krankenkasse von einem geprüften Heilgehilfen angenommen und dem betreffenden Patienten das Mittel von diesem ausgehändigt. Weiter ist es ja interessant, daß alle diese Heilmittel in verschlossenen Markenpackungen (Original-Papp-Packung oder Blechdose) eingekauft und abgegeben werden, so daß also gar keine Möglichkeit in der Kasse besteht, irgendwelche falschen Verabreichungen usw. vornehmen zu können. Die Apotheken beziehen diese selben Heilmittel von denselben Lieferanten in denselben Originalpackungen. Es zeigt sich hierbei also wieder einmal einwandfrei, daß leider immer noch einzelne Berufsstände in den verschiedensten Ministerien allzugroßen Privateinfluß besitzen, und was die Kassenmitglieder noch zu leisten haben, um sich starke, leistungsfähige Krankenkassen zu schaffen.

---

* Als Schluß der Propaganda-Woche gegen den Alkoholmißbrauch findet am Freitag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Schloßgartensalon ein öffentlicher Vortrag des Kreis-Medizinalrats Dr. Kühnlein über „Volksgesundheitliche Fragen" statt. Eintritt wie zu allen anderen Veranstaltungen in der Propaganda-Woche frei.

Weißstück. Er hats vollbracht! Die von uns schon mehrfach geschilderte politische Wetterfahne Luis Stude, ist jetzt, nach dem er seinen Uebertritt aus dem Deutschen Landarbeiterverband in den Christlichen Zentralverband der Landarbeiter vollzogen hatte, noch einen Schritt weiter gegangen und dem Stahlhelm beigetreten. Die Brust reich mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, darüber das Stahlhelmabzeichen tragend, mußte nun natürlich auch er am Abend vor der Reichspräsidentenwahl hinter der schwarzweißroten Fahne herlaufend, den vom Stahlhelm getätigten, über sämtliche umliegende Ortschaften ausgedehnten Fackelzug mitmachen. Wenn nämlich dieser Held gefehlt hätte, wäre vielleicht Hindenburg sicher nicht gewählt worden! Dieser einstmalige Uebertrabdaliniki trägt heute sein wahres Gesicht öffentlich zur Schau, und es kleidet ihm wahrlich gut. Zu seiner eigenen Charakterisierung aber sei noch festgestellt, daß er gelegentlich einer Auseinandersetzung mit seinen Arbeitskollegen selbst äußerte, daß er seine lieben Sinne noch beisammen habe. O weh!

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 11. Mai 1925.

Mißhandlungen auf der Polizeiwache.

Nach der Wahlversammlung am 28. November 1924 in Eisleben, wo der Demokrat Georg Bernhardt sprach, war es bekanntlich zu erregten Zwischenfällen gekommen. Ein Schupobeamter soll dabei einen Stahlhelmer festgenommen und auf der Polizeiwache geohrfeigt haben. Er stand deswegen vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht in Eisleben, das ihn zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die „Allgemeine Zeitung" berichtet darüber folgendes:

„Ein ehemaliger Schutzpolizeibeamter und Angehöriger des Stahlhelms, R., der in dem Tumult von Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel geschlagen war, bat um Schutzhaft, und der Polizeiunterwachtmeister Menzer bekam den Auftrag, R. auf die Wache zu bringen. Menzer, der sehr erregt war, erklärte zunächst seinem Schutzbefohlenen: „Sei nur erst auf der Wache, da kriegst du noch mehr!" R. rief darauf dem Publikum zu, es möchten einige Herren mit auf die Wache kommen. Zwei Zeugen, G. und R., gingen mit. Auf der Wache ließ sie Menzer nicht mit ins Vernehmungszimmer, sondern wollte sie davonjagen. Bei den Auseinandersetzungen darüber teilte Menzer Ohrfeigen aus. „Warum schlagen Sie mich?" fragte der Zeuge G. — „Weil Sie Hausfriedensbruch begehen", und schon bekam er eine zweite Serie Ohrfeigen. Erst als ein anderer Polizeibeamter sich einmischte, ließ Menzer die Zeugen gehen: „Schert euch raus, ihr Schweine!" und versuchte sie auch noch ins Gefäß zu treten.

Wegen unberechtigter Festnahme, Beleidigung und Körperverletzung im Amt stand Unterwachtmeister Menzer nun vor Gericht. Dabei kam zur Sprache, daß eine Vorunterschung wegen noch eines zweiten Falles von Körperverletzung und Meineids gegen ihn schwebt. Menzer bestritt, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Dabei verplapperte er sich mehrere Male, so daß der Richter ihm erklärte, seine Angaben seien völlig unglaubwürdig. Das Gericht versagte ihm mildernde Umstände. Die Beamten der Polizei genossen einen erhöhten Rechtsschutz; aber sie hätten auf der anderen Seite auch erhöhte Pflichten, deren Verletzung um so schärfer geahndet werden müsse. Erkannt wurde auf 5 Monate Gefängnis und Verlust der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf die Dauer von zwei Jahren."

Die „Sangerhäuser Zeitung", die ebenfalls über diesen Fall berichtet, versieht den Bericht mit der Ueberschrift: „Ein Schupobeamter, wie er nicht sein soll." Auch wir sind derselben Meinung, daß ein Mensch, der sich so benimmt, wie Menzer es getan haben soll, unfähig für den Dienst eines Polizeibeamten ist. Wir wissen aber auch, daß Menzer nicht der einzige Polizeibeamte ist, der sich Uebergriffe zuschulden kommen ließ. Oftmals geschah noch viel Schlimmeres auf den Polizeiwachen, aber wir können uns keines Falles erinnern, wo ein Gericht prügelnde Polizeibeamte bestraft und sie sogar zur Bekleidung öffentlicher Aemter als unfähig erklärt hat. Diesmal war allerdings kein Arbeiter, kein Sozialdemokrat oder Kommunist der Geprügelte, sondern ein Angehöriger der Rechtsparteien. Da wir aber nicht sagen wollen, daß nur deswegen ein Exempel gegen einen prügelnden Schutzmann statuiert wurde, weil er sich einen Stahlhelmer zum Opfer erlor, glauben wir annehmen zu können, daß von jetzt an das Publikum gegen Uebergriffe von Polizeibeamten allgemein geschützt ist. Das wäre ein Fortschritt, für den der geohrfeigte Stahlhelmer freudig gelitten haben sollte, denn alle diejenigen, denen es bisher ebenso ergangen ist wie ihm, ohne daß ihre Peiniger bestraft wurden, werden ihm dankbar sein, daß sein Fall endlich dazu beigetragen hat, daß unsere Richter eines anderen Sinnes geworden sind.

---

* **Gaben für die Abgebrannten.** 5. Nachweisung. Wagner 1 Bettstelle, 1 Waschtisch, 1 Spiegel, 4 Stühle, Schuhe; Dr. Münker 1 Chaiselongue und Kleidungsstücke; Direktor Weißleder 1 Bettstelle und Kleidungsstücke; Hoffmann 4 Handkörbe, 1 Waschleine, 2 Kochlöffel und 1 Scheuerbürste; Krollig 1 Bettstelle; Meyer 1 Tisch und Kleidungsstücke; Hähler 1 Truhe und Kleidungsstücke; Dr. Königsberger Kleidungsstücke; Dr. Hülshorn 1 Waschkomode; Stud.-Direkt. Nieban 1 Waschständer, 1 Waschschüssel, 1 Wasserkanne und Kleidungsstücke; Schulz Kleidungsstücke; Conrad Emaillegeschirr; Röisel Schuhe; Kommerz- u. Privatbank N. N. 50 Mk., N. N. 10 Mk.; Landkreditbank Sachsen-Anhalt, Kreislandbund, 50 Mk.; Birkenfeld 3 Mk.; Gewerbebank Eisleben, Kölbel, 10 Mk.; Schwesternchaft Eisleben der Ordensgemeinschaft Jungdeutscher Schwesternschaften 55 Mk.; Rechtsanwalt Dr. Königsberger 10 Mk.; F. Helfta, 3 Mk.; S. Rosenthal Kleidungsstücke; bei der Stadthauptkasse eingezahlt von städtischen Beamten und Angestellten: 52,40 Mk.

Ahlsdorf. Seelsorger fürs Kapital. Der hiesige Pfarrer Stelle scheint als Seelsorger eine eigentümliche Person zu sein. Ein Genosse hat seinen Sohn, der nicht kirchlich konfirmiert ist, bei einem hiesigen Tischlermeister in die Lehre gegeben. Der Pfarrer Stelle scheint jedenfalls nicht damit einverstanden zu sein und versucht, den Tischlermeister auf den Innungsbeschluß der Meister hinzuweisen. Nach diesem Beschluß sollen Lehrlinge, die nicht den kirchlichen Segen empfangen haben, nicht von den Meistern beschäftigt werden. Der Gottesmann, ein ehemaliger Stresemann-Verehrer, jetzt wiederum Revancheprediger, sollte sich mit diesen Sachen überhaupt nicht befassen. Ein Seelsorger soll vielmehr bestrebt sein, den Frieden der Menschheit herzustellen. Hoffentlich lehrt sich der Tischlermeister nicht um den falschen Propheten. Dem Gottesmann sei noch folgendes in Erinnerung gebracht: Bei einer Aussprache mit Regierungsvertretern erklärte er, daß ihm bei seinem Amtsantritt im Mansfeldschen die Menschen als wandelnde Leichname vorgekommen wären. Den wandelnden Leichnamen kann nur geholfen werden, wenn er als Seelsorger gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen die Ausbeuter aufnehmen würde. Seine jetzige Einstellung muß der Arbeiterschaft als Warnung für derartige „Seelsorger" dienen.

Gewerkschaftliches.

Aus dem Sowjetparadies.

Nach dem Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 3. April 1925 werden in der Union für Lehrer, Aerzte, Agronomen usw. folgende monatlichen Gehälter mit der Wirkung vom 1. Oktober 1924 festgesetzt. Für Volksschullehrer 23 bis 33 Rubel (je nach der Ortsklasse), Gymnasial- und Hochschullehrer 30 bis 40 Rubel, Aerzte 40 bis 55 Rubel, Agronomen und Tierärzte 40 bis 55 Rubel, Apotheker und Hebammen 20 bis 30 Rubel, Zahnärzte und Probisoren 24 bis 33 Rubel, Krankenschwestern 17 bis 24 Rubel. („Prawda" vom 11. April 1925.)

Der allgemeine Index betrug im Moskau am 1. April 1925 (im Vergleich zu 1913) für Lebensmittel + 212,7 und für andere Bedarfsgüter + 203,3. Für einzelne Waren betrug der Index zu derselben Zeit: für Schuhe + 198,8, Zucker + 209,8, Tee und Kaffee + 277,7, Tabak + 245,2, Papierwaren + 353,3, Manufaktur + 279,4, Galanterie + 404, Salz + 500 usw. („Ekonomisch. Stiffn" vom 7. April 1925). Wie bei solch einem Preisstand ein Arzt bzw. Agronom mit 40 Rubel (etwa 86 Mark), ein Hochschullehrer mit 30 Rubel (etwa 65 Mark), eine Krankenschwester mit 17 Rubel (36,7 Mark) monatlich auskommen können ist für einen zivilisierten Menschen schwer vorzustellen. Freilich ist der Sowjetstaat bettelarm, aber man müßte endlich lernen, die Gehälter besser zu verteilen und am richtigen Orte zu sparen. Die einfachen Beamten der „Tscheka" erhalten z. B. 300 Rubel (648 Mark) monatlich und Universitätsprofessoren 30 bis 40 Rubel!

Es werden ferner von Sinowjew Millionen Rubel für die Spaltung der Arbeiterparteien, Gewerkschaften und Genossenschaften im Auslande, für Putsche und Attentate (siehe Sofia!) ausgegeben. Die eigenen Aerzte und das medizinische Personal, Agronomen und Lehrer läßt man aber zusammen mit dem Volke hungern.

Ein wahrhaftes Paradies! J.

Die Betriebsratswahlen im mitteldeutschen Bergbau

Bis auf einige Grubenbetriebe sind die Betriebsratswahlen zum Abschluß gebracht worden. Einschließlich der schon mitgeteilten Teilergebnisse sind im Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbau insgesamt gewählt worden:

368	Betriebsräte	vom Bergarbeiterverband.
83	„	anderer freier Gewerkschaften,
15	„	vom Christlichen Bergarbeiterverband,
15	„	Nationaler Arbeiterverein (Gelbe) und Unorganisierte,
3	„	KPD.-Sonderlisten.
2	„	Hirsch-Duncker,
2	„	Freie Arbeiter-Union.

Werksseitig ist nichts unversucht geblieben, die Wahlen im Sinne der Werksvereine zu beeinflussen. Alle Mühe ist erfolglos geblieben. Der Bergarbeiterverband hat die unbestrittene Führung im Bergbau und er wird seinerseits kein Mittel unversucht lassen, die Betriebsräte auf das wirksamste zu unterstützen.

Im Interesse ihrer Belegschaften können die Betriebsräte erfolgreiche Arbeit nur im engsten Zusammenwirken mit den Gewerkschaften leisten. Der Gewerkschaftsgedanke hat trotz aller Wirrnisse einen beachtenswerten Sieg davongetragen, und das ist von ganz besonderer Bedeutung gerade in Mitteldeutschland.

Zur Aussperrung in der „Habämfa".

Die Aussperrung in der Bäckereimaschinenfabrik „Habämfa" in Ammendorf ist noch nicht beendet. Wohl haben sich einige Ausreißer gefunden, die den Ausgesperrten in den Rücken gefallen sind. Dies sind jedoch meist Elemente, die wir der Firma gönnen; denn dadurch kann die Firma erst einmal unterscheiden, wer wirklich etwas leisten kann und geleistet hat, die Ausreißer oder die ausgesperrte Arbeiterschaft. Wir glauben, die Firma wird froh sein, wenn sie diese Sorte Arbeiter erst wieder los ist. Auf die Ausgesperrten selbst kann das keinen Einfluß ausüben. Sie stehen nach wie vor fest und sind entschlossen, auch auszuhalten, bis die Aussperrung zu ihren Gunsten erledigt ist. Die Versuche der Firma, eine Anzahl Kollegen durch schriftliche Aufforderung zu veranlassen, die Arbeit wiederaufzunehmen, sind an dem Solidaritätsgefühl dieser Kollegen gescheitert.

Am vergangenen Freitag fanden vor dem Schlichtungsausschuß in Halle Einigungsverhandlungen statt. Diese haben sich zerschlagen, weil der Vertreter der Firma, der Betriebsleiter Polizeihnski, die Rechte des Betriebsrates bzw. des Betriebsrätegesetz für seinen Betrieb ausschalten wollte. Wäre ein Inhaber der Firma selbst erschienen, wir zweifeln nicht daran, daß eine Verständigung zustande gekommen wäre. Die Metallarbeiter ersuchen wir, Arbeitsangebote dieser Firma strikte abzulehnen.

Die Ortsverwaltung des DMV.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Halle.

Die Unternehmer des Baugewerbes unter Vorsitzt des Bezirks-Arbeitgeberverbandes haben eine Maßnahme beschlossen, welche heraus fordernder nicht gedacht werden kann. Sie haben einen Beschluß gefaßt, wonach den Jungesellen in rigoroser Weise die Löhne gekürzt worden sind. Dasselbe trifft auch auf die älteren Leute zu. Dieses ist bereits teilweise Tatsache geworden. Auf Kosten der jüngeren und älteren Gesellen will man die am 14. April eintretende Lohnerhöhung durchkreuzen. Arbeiter des Baugewerbes, teilt auf der Hut! Rüstet Euch zum Kampfe! Für den Zimmererverband findet morgen abend 7 Uhr im Gewerkschaftshause eine große Funktionärsitzung statt. Jede Baustelle, jeder Zimmerplatz muß unbedingt vertreten sein.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, 12. Mai.

10 Uhr vorm.: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 10,15 Uhr morgens: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12,55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr, 6 Uhr, 6,15 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 4,30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. 6,30 bis 7 Uhr abends: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7,30 Uhr abends: Vortrag: Telegrapheninspektor Joh. Bergmann: „Rundgang auf dem Telegraphenamt". 7,30 bis 8 Uhr abends: 2. Vortrag von Prof. Dr. O. Klemm von der Universität Leipzig aus dem Gebiet der angewandten Psychologie: „Die Hygiene der geistigen Arbeit". 8,15 Uhr abends: Süddeutscher Dialektabend. Mitwirkende: Prof. Ad. Winds, Karl Ekert vom Alten Theater und die Rundfunkhauskapelle. 1. Koschat: Kärtner Volksweisen. (Rundfunkhauskapelle.) 2. a) Rosegger: „Arme Sünder"; b) Schönherr: „Die Mutter". (Prof. Ad Winds.) 3. Verschiedenes von C. Stieler. (Karl Ekert.) 4. Torsten: „Schwäbische Skizzen". (Rundfunkhauskapelle.) 5. Schönherr: „Tiroler Bauern". (Prof. Ad. Winds.) 6. a) Verschiedenes von Rosegger; b) Wie die Preußen Anno 66 in Böhmen eingezogen sind. (Böhmisch-Deutsch, Karl Ekert.) 7. Oberbayer. Ländler (Volksweisen, Rundfunkhauskapelle). Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkbient.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Arbeiter-Sportkartell Halle.

Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, Kartellsitzung in der „Goldenen Kette". Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Delegierten Pflicht.

Der Vorstand. J. A.: Otto Eurich.

„Fichte" (Halle). Alle Olympiateilnehmer müssen bis Dienstag, den 12. Mai, ihren Festbeitrag in der Turnhalle entrichtet haben. Dieser Beitrag beträgt für Mitglieder über 18 Jahre 4 Mk., für Jugendliche unter 18 Jahre 2 Mk. Namentliche Meldung und Angabe, wie lange Quartier gewünscht wird, ist notwendig.

Wetter-Voransage.

Dienstag: Ziemlich heiter, trocken, frisch-kühl, tagsüber angenehm warm.

Mittwoch: Abwechselnd heiter und wolkig, tagsüber ziemlich warm, Gewitterneigung, strichweise Regen.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Aus dem Geschäftsleben.

Die Behandlung der Säuglingswäsche.

Von P. Mundhenke.

Ein gut Teil des Wohlbefindens unserer kleinen Lieblinge hängt von der richtigen Pflege ihres Körpers ab; wesentlich hierfür wieder ist die geeignete Auswahl der Wäschesachen wie ihre zweckmäßige Behandlung. Nun bringt es unsere Zeit allgemeiner Teuerung mit sich, daß besonders auch die Nutzbarmachung alter Stoffe und Reste für die Säuglingskleidung beachtet werden muß. So schwierig oft die Umarbeitung solcher Sachen für Erwachsene und größere Kinder ist, so einfach gestaltet sie sich doch für unsere Säuglinge und Kleinkinder. Jeder Wäschereß läßt sich hier in irgendeiner Form verwerten. Es bedarf nur geschickter Zusammensetzung mit flachen Nähten und fadengerader Stoffslinie, um jeden Druck zu vermeiden. Alle Wäscheteile, die unmittelbar mit dem Körper der Kleinen in Berührung kommen, müssen weich und schmiegsam sein. Vor allem gilt dies für die Windeln und Hemdchen. Die Jäckchen und Hemdchen hält man am besten von vornherein etwas groß, da die Sachen durch das Waschen noch etwas einzugehen pflegen und andererseits die Säuglinge sehr rasch an Körperumfang zunehmen. Kalte Hemdchen verhütet man, indem man die Aermel an den Hemdchen reichlich lang nimmt. Große Aufmerksamkeit ist auch dem Säuglingsbett zu schenken. Ein richtiges Säuglingsbett muß von allen Seiten, namentlich von unten, Luft zulassen. Ein gewöhnlicher viereckiger Wäschekorb ist das schönste und billigste Säuglingsbett, besonders mit dem praktischen, überall käuflichen Gestell aus Rohr, das ein Umfallen verhindert. Jedes Bettstück sollte möglichst nicht nur waschbar, sondern zum Auskochen geeignet sein, da Waschen und Trocknen allein die scharfen Gerüche nicht beseitigt. Zum Waschen der Säuglingskleidung nehme man ein Waschmittel, das gleichzeitig eine gut desinfizierende Wirkung hat. Das wohl in jedem Haushalt gebrauchte Persil ist hierfür am geeignetsten, da es schon handwarm, also in einer Temperatur, wie sie zum Waschen von Woll- und Buntsachen gebraucht wird, sicher desinfiziert. Durch Behandlung mit diesem Mittel wird zugleich die Wäsche frischduftend, weich und schmiegsam.

Wie wichtig die Desinfektion der Wäsche ist, geht daraus hervor, daß noch im Jahre 1918 weit mehr als 3 Prozent aller lebend Geborenen allein an Infektionskrankheiten zugrunde gegangen sind. Die Gebote der Gesundheitspflege können also bei der Kleinkinderwartung gar nicht peinlich genug beobachtet werden.

Sauberkeit üben ist und bleibt die Seele der Säuglingspflege.

Der heutigen Auflage für Wittenberg und Umgegend liegt ein Prospekt des Feuerbestattungsvereins für Wittenberg und Umgegend bei, um dessen Beachtung wir bitten.

Fahrrad-Gummi-Bieder

Große Steinstraße 81 (Nähe Markt). 3869

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0007

Unsere arbeitende Jugend

Der 4. Deutsche Arbeiterjugendtag in Hamburg, 8. und 9. August 1925.

In allen Gruppen des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend rüstet man für die Reise zum großen Jugendtag in Hamburg. In vielen Gruppen wird schon seit Monaten gespart, um Reise- und Zehrgeld zusammen zu kriegen. Es werden Pläne geschmiedet, wie durch andere Maßnahmen die Reisekasse verstärkt werden könnte; Geldsammlungen werden durchgeführt, Jugendfeste veranstaltet, deren Ueberschüsse in die Reisekasse fließen, in einigen Orten führt man ganze Jugendtagswochen durch. Ueberall herrscht jedenfalls das Bestreben, den letzten Mann mit auf die Reise zu nehmen, alle Mitglieder des großen Erlebnisses der Hamburger Tagung teilhaftig werden zu lassen.

Jetzt ist das Programm für den Jugendtag fertig. Es sieht so aus:

Freitag, den 7. August:

Ankunft der Sonderzüge aus Süd-, West- und Ostdeutschland.

Sonnabend, den 8. August:

Vormittags: Ankunft der Teilnehmer aus Mittel- und Norddeutschland. Besichtigungen der Stadt, des Hafens, der Einrichtungen der Hamburger Arbeiterbewegung und sonstiger Sehenswürdigkeiten Hamburgs.

Nachmittags: Begrüßungsfeier im Zirkus Busch. Das Programm wird noch bekanntgegeben. An der Feier nehmen die Delegierten aller in Hamburg anwesenden Ortsgruppen mit den Fahnen teil.

Abends: Jugendfeiern in verschiedenen Stadtteilen; die Bezirke, die eine solche Feier mustergültig ausgestalten können, müssen dem Verbandsvorstand ihre Vorschläge baldigst einreichen. Außerdem Theatervorstellungen, künstlerische Veranstaltungen, Vorlesungen unserer Arbeiterdichter und sozialistischen Künstler.

Sonntag, den 9. August:

Vormittags von 9 bis 11 Uhr: Spiele der Jugend in allen Stadtteilen Hamburgs mit den Hamburger Jugendlichen und Kindern.

Nachmittags um 2 Uhr: Treffen an den Distriktssammelplätzen und Demonstrationszug der einzelnen Gruppen durch die Stadt zum Stadtpark. Dazu wird die Hamburger Bevölkerung eingeladen.

Abends: Schlußkundgebung im großen Stadion. Nähere Einzelheiten werden später bekanntgegeben.

Montag, den 10. August:

Dampferfahrten nach Helgoland und nach Cuxhaven. Beginn der Ferienfahrten.

Dienstag, den 11. August:

Verfassungsfeiern der Ferienwanderer. Nähers wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Sonstige Veranstaltungen.

Sonntag, den 9. August, vormittags ½11 Uhr: Große politische Kundgebung der Jungsozialisten.

Sonntag, den 9. August, mittags 12 Uhr: Gemeinsame Kundgebung des Verbandsvorstandes, des Reichsausschusses und der Vertreter der Partei und der Gewerkschaften für Jugendschutz und Arbeiten.

Organisatorisches:

Das Festabzeichen. Für die Teilnehmer des Jugendtages hat der Hauptvorstand ein künstlerisches Festabzeichen herausgegeben. Jeder Teilnehmer an den Veranstaltungen des Jugendtages muß dieses Festabzeichen besitzen. Es kostet 1 Mark und kann schon jetzt vom Verbandsvorstand bzw. von den Bezirksleitungen bezogen werden. Für die Abendveranstaltungen am Sonnabend werden außerdem besondere Eintrittskarten gegen eine geringe Gebühr abgegeben.

Ankunft und Abfahrt von Hamburg setzen die Bezirksleitungen fest. Jeder muß sich den Anweisungen der Bezirksleitungen und Reiseleiter fügen, damit sich der Verkehr auf der Eisenbahn ohne Störungen abwickelt. Alle Einzelheiten über Sonderzüge und Fahrpreise sind von den Bezirksleitungen zu erfragen.

Verpflegung. Jeder hat sich so zu verproviantieren, daß er ohne Hilfe seiner Gastgeber, die ja auch Arbeiter sind, und ohne Massenspeisung auskommen kann. Es werden jedoch voraussichtlich sowohl Ausgabestellen für Morgenkaffee und Mittagessen eingerichtet werden.

Quartier. Die Hamburger Genossen werden versuchen, alle Teilnehmer in Privatquartieren bei Hamburger Arbeitern unterzubringen. Die Quartierlisten gehen den Ortsgruppen demnächst zu. Sie sind getrennt nach Burschen und Mädel zu führen. Alle Bezirke werden nach Möglichkeit geschlossen in einzelnen Stadtteilen untergebracht.

Kosten der Dampferfahrt. Die Seefahrt nach Helgoland kostet hin und zurück 16 Mark. Die Fahrt nach Cuxhaven kostet hin und zurück 3 Mark.

Ferienaufenthalt auf Puan-Klent (Insel Sylt). Die Einladung dazu ist in der Märznummer der „Arbeiter-Jugend" veröffentlicht worden. Die Tagesgebühr für Unterbringung und Verpflegung beträgt nicht 2,20 Mark, sondern 2,40 Mark.

Der Jugendtag wird eine riesige Demonstration der deutschen sozialistischen Jugend werden. Es werden aber auch viele Hunderte ausländischer Jugendgenossen nach Hamburg kommen. Aller Voraussicht nach wird jeder Landesverband der Sozialistischen Jugend-Internationale vertreten sein, besonders starke Delegationen sind zu erwarten aus den Nordländern und Deutschösterreich und der Tschechoslowakei. So wird der Geist internationaler Verbrüderung der Völker die Tagung beherrschen und die arbeitende Jugend aller Länder wird gemeinsam ihre Stimme erheben für ihre Jugendschutzforderungen, und sie wird zugleich durch ihren Massenaufmarsch ihre Kampfbereitschaft für diese Forderungen zeigen.

Die deutsche Sozialistische Arbeiterjugend muß und wird den 8./9. August zu einem Ehrentag gestalten, zu einer Kundgebung, die weit in alle Lande verkündet: die junge Generation des Sozialismus marschiert.

Sozialistische Arbeiterjugend, rüste für Hamburg!

Das Koalitionsrecht der Lehrlinge.

Das Gewerbegericht Wiesbaden hat vor einiger Zeit eine wichtige Entscheidung gefällt. In den Lehrverträgen befindet sich meist noch die Bestimmung: „Vereinen irgendwelcher Art darf der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrherrn nicht beitreten."

Ein Wiesbadener Meister hatte seinen Lehrling entlassen, weil dieser sich dem Metallarbeiterverband angeschlossen hatte, obwohl im Lehrvertrag die oben genannte Bestimmung sich befand. Das Gewerbegericht, bei dem die Klage anhängig gemacht worden war, hat den Meister verurteilt, das Lehrverhältnis fortzusetzen. In den Gründen sagt das Gericht:

Unstreitig hat der Beklagte den Kläger entlassen, weil er Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist. Beklagter will die Entlassung auf § 6 Abs. 5 des Lehrvertrags, den er mit dem Kläger selbst und dessen Vater abgeschlossen hat, stützen: „Vereinen irgendwelcher Art darf der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrherrn nicht beitreten." Die vorbezeichnete Bestimmung steht nach Ansicht des Gerichts im Widerspruch zu Artikel 159 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, der folgenden Inhalt hat: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeitsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche die Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig." Ein Zweifel daran, daß nach dem Wortlaut der Reichsverfassung nicht nur die volljährigen Arbeitnehmer männlichen Geschlechts, sondern auch die weiblichen und jugendlichen Arbeiter das Koalitionsrecht bekommen haben, besteht nach Ansicht des Gerichts nicht. Das im Artikel 159 gewählte Wort „jedermann" läßt keinerlei Einschränkungen irgendwelcher Art zu. Die Fassung ist so allgemein, daß darunter sowohl der höchste Reichsbeamte wie der jüngste Lehrling zu verstehen ist. Da nach dem zweiten Satz des Artikels 159 jede der Koalitionsfreiheit entgegenstehende Abrede und Maßnahme rechtswidrig ist, werden dadurch alle entgegenstehenden Vertragsbestimmungen, auch in laufenden Lehrverträgen, unwirksam. Da selbstverständlich die Absicht der Reichsverfassung nicht dahin geht, alle Verträge, in denen ein solches Koalitionsverbot enthalten ist, ihrem ganzen Inhalt nach unwirksam werden zu lassen, vielmehr der Gesetzgeber das größte Interesse daran hat, alle solche Verträge mit Ausschluß des Koalitionsverbots vollwirksam weiter bestehen zu lassen, ist im Satz 2 des Artikels 159 festgelegt, daß die Rechtswidrigkeit, d. h. Nichtigkeit, die Abreden und Maßnahmen betrifft, welche die Koalitionsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen. Dadurch wird der Inhalt von Verträgen usw. im übrigen durch die Wirkung der Nichtigkeit nicht betroffen.

Die gleiche Auffassung ist auch von einer Reihe von Landesregierungen, u. a. von Pommern, vertreten worden.

Jugendurlaub in der Tschechoslowakei.

Seit mehr als drei Jahren tobt in der Tschechoslowakei der Kampf um den Arbeiterurlaub. Da mit dem Arbeiterurlaub auch der Urlaub für die Jugendlichen kommen mußte, haben sich die sozialistischen Jugendorganisationen von allem Anfang an mit größter Leidenschaft an diesem Kampfe beteiligt. Zweimal lagen bereits Gesetzesentwürfe vor, beidemal wurden sie jedoch wieder zurückgezogen. Die vorletzte Gesetzesvorlage kam den Forderungen der sozialistischen Jugendorganisationen, die sich auf eine Mindestforderung von 14 Tagen geeinigt hatten, ziemlich nahe, da 16 Arbeitstage Urlaub für alle Jugendlichen unter 18 Jahren vorgesehen waren. Die zweijährige Pause, während welcher diese Vorlage zurückgezogen wurde, hat zu einer Verschlechterung geführt.

Das Gesetz, das jetzt im tschechoslowakischen Parlament angenommen wurde, bringt den erwachsenen Arbeitern einen Urlaub von 6 Arbeitstagen, der nach 20jähriger Beschäftigung auf 8 Arbeitstage erweitert wird, und den Lehrlingen einen bezahlten Urlaub von 8 Tagen, bei welchem jedoch die Sonntage, die in die Urlaubszeit fallen, eingerechnet werden können. Die übrigen jugendlichen Personen erhalten nur einen Urlaub von 6 Tagen. Der sozialistische Jugendverband für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik hat noch in letzter Stunde versucht, durch Aufrufe in der gesamten Oeffentlichkeit auf eine Verbesserung des Urlaubsgesetzes im Sinne seiner Forderungen einzuwirken. Er hat am 22. März in allen größeren Städten große öffentliche Kundgebungen veranstaltet, in denen er für seine Forderungen eintrat, und die massenhaft von der arbeitenden Jugend besucht waren. In einigen Orten fanden auch anschließend an diese Versammlungen Demonstrationszüge der Arbeiterjugend statt. Die Kommunisten, die gegenwärtig fast vollständig von der Bildfläche verschwunden sind, versuchten einige Versammlungen zu stören, was ihnen aber nicht gelang, da sie überall nur höchstens ein Dutzend Anhänger auf die Beine zu bringen vermochten.

Obwohl das Urlaubsgesetz keinesfalls den Wünschen der Arbeiterjugend vollständig entspricht, so bedeutet es doch gegenüber den bisherigen Zuständen einen nicht unbeträchtlichen Fortschritt. In der kommenden Zeit wird es vor allem die Aufgabe der Jugendorganisationen sein müssen, dem neuen Gesetz auch überall Geltung zu verschaffen. Es wird besonders bei den Kleinmeistern heftige Widerstände zu überwinden geben. Die sozialistischen Jugendorganisationen werden auf dem Plan sein.

Wanderführerkursus in Tännich.

Im Reichsferienheim des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend (Friedrich-Ebert-Heim) in Tännich in Thüringen fand vom 14. bis 19. April der zweite Führerkursus des Verbandes statt. Sechsundzwanzig Teilnehmer, darunter fünf Mädel, aus allen Teilen des Reiches hatten sich dazu eingefunden. Diesmal war sogar Ostpreußen neben Vertretern des besetzten Gebietes anwesend, Norddeutsche wie Süddeutsche. Kein Dialekt fehlte. Trotz des regnerischen Wetters, es schneite sogar mehrere Male (Tännich liegt 500 Meter hoch!), nahm der Kursus einen vorzüglichen Verlauf. In die Leitung teilte sich der Lehrer O. Krüger (Hamburg) und Aug. Albrecht (Berlin). Ersterer bearbeitete in Vorträgen, Arbeitsgemeinschaften und Exkursionen naturwissenschaftliche, heimatkundliche wie hygienische Themen, und der letztere als alter Wanderführer die Fragen der Wandertechnik und der zweckentsprechenden Kleidung und Ausrüstung, die Arten des Wanderns wurden besprochen, theoretisch wie praktisch in das Kartenlesen eingeführt. Eine ausgedehnte, strapazenreiche Tageswanderung mit gemeinsamem Abkochen wurde nach der Schwarzburg und ins herrliche Schwarzatal unternommen (im Schneetreiben!). Diese Fahrt legte davon Kunde ab, daß eine Anzahl der jungen Wanderführer größeren Schwierigkeiten, die dem Jugendwandern entgegenstehen, gewachsen ist. Schwer wurde allen das Scheiden von unserem Heim. Die Teilnehmer sagten zum Schluß ihrem Hauptvorstand, dem Verwalter (wie dem Küchenpersonal) als auch den beiden Leitern Dank, man schloß mit einem: Auf Wiedersehen am 8. und 9. August zum Reichsjugendtag in Hamburg.

Reform der Berufsausbildung.

Die seit Jahren während Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Reichsregierung zu der Einbringung eines Entwurfes über die Berufsausbildung zu veranlassen, damit endlich ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz verabschiedet werden kann, haben jetzt insofern einen Fortschritt erfahren, als bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags eine Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion, die die Reichsregierung ersucht, die Vorlage eines Berufsausbildungsgesetzes so zu beschleunigen, daß die Verabschiedung durch den Reichstag im laufenden Etatsjahre möglich ist, einstimmig angenommen wurde.

Es wird auch die Aufgabe der Jugendverbände sein, darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung nicht versäumt, diesem einstimmigen Beschluß des Hauptausschusses rechtzeitig Folge zu leisten.

Wie wir uns beim Wandern im Gelände orientieren.

Von **Werner Hübner** (Halle).

„Weiße nicht am Boden haften,
frisch gewagt und frisch hinaus,
Kopf und Arm mit heitern Kräften,
überall sind sie zu Haus."

F. L. Jahn.

„Frisch gewagt und frisch hinaus" in den ewig jungen Frühling. Wahrlich, ein lockender Mahnruf, dem wir gern Folge leisten. Nach dem nervenzerrüttenden Jagen und Hasten des Alltags, wollen wir hinaus in die Natur, um uns mit ihr bekanntzumachen und von den Vögeln das Lied reiner Freude zu lernen. Für Körper und Geist wollen wir heilende Kräfte schöpfen aus dem unergründlichen Born der Mutter Natur. Und doch können wir nicht sorglos und frei in der Welt umherziehen, wie unsere Altvorderen es taten. Die ernsten Pflichten, die das Erwerbsleben uns aufbürdet, gewähren uns nur eine beschränkte Zeit zur Erholung. Nicht selten wird uns das Dampfroß schnell aus den dumpfen Städten hinaustragen in die Nähe bewaldeter Berge und duftender Wiesen. Zur bestimmten Zeit müssen wir dann wieder eine Eisenbahnstation oder unsern Heimatsort selbst erreicht haben.

Um die wenigen Stunden gut auszunutzen, suchen wir uns, meist vorher, nach der Karte ein schönes Wandergelände, und nehmen eine gute Karte mit als unseren Reisebegleiter (Wandtischblatt). Aber die Karte muß man auch lesen können. Das muß man an langen Winterabenden geübt haben. Trotzdem treten beim praktischen Gebrauch häufig Schwierigkeiten auf. Die Karte muß orientiert werden, d. h. sie muß so gelegt werden, daß die Nordrichtung der Karte, mit der geographischen Nordrichtung übereinstimmt. Hast du nicht schon einmal an einer Wegekreuzung eine Gruppe beobachtet, wie sich alle um die Karte scharen und lebhaft die Frage erörtern, wo nun eigentlich Norden läge? „Das ist doch einfach," wirst du sagen, „dazu haben wir doch den Kompaß." Schon recht; sei froh, wenn du einen hast. Denke aber beim Gebrauch daran, daß der magnetische Nordpol nicht mit dem geographischen zusammenfällt. Der magnetische Nordpol liegt auf der Insel Melville, etwa 70 Grad 5 Minuten nördlicher Breite, 96 Grad 45 Minuten nördlicher Länge. Er wurde 1831 vom Kapitän Roß entdeckt. Die Abweichung beträgt für Mitteldeutschland etwa 15 Grad westlich. Der geographische Nordpol liegt also um 15 Grad östlicher von der Stellung der Magnetnadel. Wie aber, wenn du keinen Kompaß hast? Die Preise sind so hoch, daß du kaum einen guten kaufen kannst. Du wirst einwenden, daß man schon für wenig Geld einen „echt silbernen" oder gar „echt goldenen", der gleichzeitig als Uhranhängsel dient, in jeder Jahrmarktsbude erstehen kann. Aber im Gebrauch hat so ein Ding seine Mucken. Du wirst finden, daß es dem Nordpol meist gar nicht einfällt, sich nun dahin zu stellen, wohin ihn die Magnetnadel haben möchte. Nein, wenn du keinen guten Kompaß — zum Feststellen der Nadel — kaufen kannst, dann verzichte lieber ganz darauf. Die Natur selbst gibt dir viel genauere Orientierungsmittel.

Verfolge einmal den Lauf der Sonne! Sie steht um 6 Uhr morgens im Osten, um 12 Uhr mittags im Süden, um 6 Uhr abends im Westen. Die Zwischenstellung kannst du zu jeder Zeit schätzen. Scheint die Sonne am Tage nicht, so ist ihre Stellung doch fast immer durch eine etwas größere Helligkeit am bedeckten Himmel zu erkennen. Wenn du eine Taschenuhr bei dir hast, kannst du die Nordrichtung ganz genau bestimmen. Halte die Uhr so, daß der kleine Zeiger nach der Sonne zeigt. Dann ist Süden genau in der Mitte zwischen dem kleinen Zeiger und der 12, und zwar vormittags vorwärts, und nachmittags rückwärts gelesen.

Nachts ersetzt dir der Mond den Kompaß. Der Vollmond geht im Osten auf, steht Mitternacht im Süden und geht im Westen unter. Der zunehmende Mond steht abends im Süden und geht um Mitternacht im Westen unter. Der abnehmende Mond geht um Mitternacht im Osten auf und steht morgens im Süden.

Ist der Himmel aber stark bewölkt, so daß dir der Gebrauch aller dieser Mittel versagt ist, so mußt du nach anderen Hilfsmitteln suchen. So haben z. B. die meisten Kirchen ihre Türme im Westen. Weinberge liegen meist an dem Süd- oder Südwestabhängen der Berge. Die Fluglöcher der Bienenstöcke sind nach Süden geöffnet. Einzelne Bäume, Pfähle oder Steine sind auf der Wetterseite (Nordwesten) stärker bemoost oder verwittert. Bei den letzten Mitteln sei aber immer sehr mißtrauisch. Es kann dir genau so geben, wie mit dem „echt goldenen Kompaß".

Und nun ans Werk! Probiert die Mittel aus!

Verfolgung der sozialistischen Jugend in Italien.

Unser italienischer Bruderverband, der bekanntlich erst nach der Machtergreifung durch die Faschisten neu ins Leben gerufen wurde, hat einen äußerst schwierigen Kampf mit den gegenwärtigen Machthabern Italiens zu bestehen. Abgesehen von dem Mangel der persönlichen und Redefreiheit außerhalb der industriellen Zentren kommt noch die Unterdrückung des Verbandsorgans „Liberta" auf Grund des bekannten Pressedekrets, das den Präfekten (Oberstes Regierungsamt der Provinz) völlig freie Hand gibt, nach Gutdünken einen Artikel als „staatsgefährlich" zu bezeichnen und durch fortwährende Beschlagnahme den Oppositionsblättern das wirtschaftliche Fundament zu entziehen.

Die „Liberta" genießt dabei eine besondere Bevorzugung. Während das sozialdemokratische Parteiorgan bei täglichem Erscheinen kein einzigmal der Beschlagnahme verfiel, wurden bei dem Organ des Jugendverbandes auf 14 Nummern nicht weniger als acht beschlagnahmt und neuerdings die erforderliche Genehmigung des verantwortlichen Redakteurs zurückgezogen, wodurch das Erscheinen völlig eingestellt werden mußte, bis die unendlichen Formalitäten der Bestätigung eines neuen Redakteurs erledigt sind.

Diese und andere Umstände führten auch zur Vertagung des ursprünglich für den Monat März angesetzten ersten Verbandstages. Lediglich die führenden Genossen der einzelnen Provinzen kamen Ende März anläßlich der Tagung des Parteirats in Rom zu einer Besprechung über den Stand der Bewegung und die Möglichkeit ihrer Ausgestaltung zusammen. Aller Schwierigkeiten ungeachtet nimmt aber die Mitgliederzahl und Kampfbereitschaft der Organisation ständig zu. Für die Wochen vom 16. April bis zum 3. Mai ist eine Propaganda-Woche angesetzt, deren Ergebnis hoffentlich eine weitere Stärkung des sozialistischen Gedankens in der Jugend sein wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250511-12/fragment/page=0008